

Beiträge zum Wahlgesehen

Nr. 52

70 Jahre Wahlen in Oberhausen

Kleinräumige Analysen der Parteienentwicklung seit 1949

Herausgeber: Stadt Oberhausen, Der Oberbürgermeister
Bereich Statistik

Tel.: 0208/ 825-2044; Fax: 0208/ 825-5120
e-mail: statistik@oberhausen.de

Postanschrift: Stadt Oberhausen
Dezernat 3 Familie, Bildung, Soziales
Bereich 4-5/ Statistik
46042 Oberhausen

Hausadresse: Essener Straße 66
46047 Oberhausen

Bearbeitung: Dr. Norbert Marißen
Reiner Rettweiler
Jens Rütter

Verantwortlich: Ulrike Schönfeld-Nastoll

ISSN (Print-Buchform): 0940-5615

ISSN (Internet – PDF): 2190-4693

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Bereiches Statistik der Stadt Oberhausen diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fische zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	4
2. Konzentration und Zersplitterung der Parteienlandschaft	6
2.1 Parteienentwicklung bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2009 in Oberhausen	6
2.2 Die Ausgangslage	6
2.3 1. Phase: Parteienkonzentration von 1949 bis 1961	7
2.4 2. Phase: Anteilverschiebungen von der CDU zur SPD von 1961 bis 1980.....	8
2.5 3. Phase: Parteienzersplitterung von 1980 bis 2009	10
3. Wahlbeteiligung und Parteienerfolge	13
3.1 Wahlabstinz und Protestwahl.....	13
3.2 Politikverdrossenheit und Parteienerfolge.....	13
3.3 Wahlergebnisse bei sinkender Wahlbeteiligung.....	14
3.4 Ausblick	18
4. Soziale Milieus und Stammwähler/innen der Volksparteien.....	19
4.1 SPD	20
4.2 CDU	23
4.3 Ergebnis	25
5 Parteienentwicklung in den Stadtteilen bei den Kommunalwahlen	26
5.1 Parteihochburgen von SPD und CDU zwischen 1964 und 2014	26
5.2 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 1964	26
5.3 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 1984	30
5.4 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 2004	33
5.5 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 2014	37
5.6 Hochburgen früher – Hochburgen heute.....	42

1. Einleitung

Im Jahr 1996 veröffentlichte die Stadt Oberhausen eine Publikation mit dem Titel „50 Jahre Wahlen in Oberhausen“. Ziel war es, alle 41 bis dahin stattgefundenen politischen Wahlen zu dokumentieren. Inhalte der Dokumentation waren die Aufzählung aller teilnehmenden politischen Parteien, die namentliche Auflistung aller gewählten Kandidaten/innen, die Darstellung des gesamtstädtischen Wahlergebnisses aller großen Parteien und die Präsentation ausgewählter Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.

Heute, zwanzig Jahre später, erfolgt eine zweite Dokumentation des Wahlgeschehens in Oberhausen zurück bis zu den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellt sich der Aufgabe, Ergebnisse der politischen Wahlen seit 1949 kleinräumig, auf der Ebene der Gemeindewahl- und/oder Stimmbezirke zusammenzuführen.

Historische Veränderungen der Gemeindewahlbezirke

Die Einteilung des Stadtgebietes in Gemeindewahlbezirke war mehrmaligen Veränderungen unterworfen, um die Vorgaben der Landesgesetzgebung angemessen zu berücksichtigen. Von 1949 bis zur Kommunalwahl 1961 war die Gesamtstadt in 24 Gemeindewahlbezirke untergliedert, nach der Bundestagswahl 1961 gab es weiterhin 24 Gemeindewahlbezirke, allerdings mit veränderten Grenzen. In der Zeit von 1969 bis 1972 wurde die Zahl der Gemeindewahlbezirke erstmals auf 26 erhöht, eine zweite Erhöhung auf 30 Gemeindewahlbezirke erfolgte für die Wahlen zwischen 1975 und 1985. In der Zeit von 1987 bis 1995 blieb es bei 30 Gemeindewahlbezirken, aber mit veränderten Grenzen. Eine Reduzierung auf 29 wurde im Jahr 1998 beschlossen, die bis heute (2017) gültig ist.

Die jeweiligen Gemeindewahlbezirke werden mit den Wahlbezirksnamen und den zugehörigen Grenzverläufen dokumentiert.

Kleinräumige Wahlergebnisse

In Oberhausen liegen elektronisch gespeicherte Wahlergebnisse sowohl für Gemeindewahl- als auch Stimmbezirke ab dem Jahr 1987 vor. Damit wurde es notwendig, kleinräumige Ergebnisse früherer Wahltermine zunächst zu erfassen. Die Erfassung kleinräumiger Daten für Wahltermine vor 1987 erfolgte nur für Gemeindewahlbezirke.

Der angebotene Datenbestand umfasst folgende Merkmale:

- Wahlart
- Wahljahr
- Wahlbezirk
- Stimmbezirk (nicht bei allen Wahlterminen)
- Wahlberechtigte
- Wahlberechtigte mit Wahrschein (nicht bei allen Wahlterminen)
- Wähler
- ungültige Erststimmen
- gültige Erststimmen der Kandidaten
- ungültige Zweitstimmen
- gültige Zweitstimmen der Parteien.

Zur Auswertung von Wahldaten stehen zwei Wahldatenbanken im Excel-Format zur Verfügung, die sich mit dem EXCEL-Werkzeug „Pivottabellen“ schnell und sicher auswerten lassen.

Die Ergebnisse aller Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen wurden in einer eigenen Wahldatenbank „Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen seit 1949“ vollständig erfasst. Für die zweite Wahldatenbank „Bundestags-, Landtags- und Europawahlen seit 1949“ waren die kleinräumigen Ergebnisse der Bundestagswahl 1983 nicht mehr zu ermitteln.

Die beiden Wahldatenbanken haben nicht nur die Aufgabe, zurückliegende Wahlergebnisse dauerhaft und übersichtlich zu dokumentieren, sondern sollen allen Interessierten die Möglichkeit eröffnen, unkompliziert Antworten auf eigene Fragestellungen zu finden. An vier Textbeispielen macht dieser Bericht exemplarisch deutlich, wie wahltheoretische Fragestellungen durch den Einsatz der Wahldatenbanken beantwortet werden können.

Die Wahldaten können bei Anfrage beim Bereich Statistik der Stadt Oberhausen abgerufen werden.

Geschichte und Gegenwart der Parteien in Oberhausen von 1949 bis 2014

Der erste Beitrag behandelt die Entwicklung des Parteiensystems in Oberhausen seit 1949. Der zweite Beitrag geht der Frage nach, welche Parteien in der Vergangenheit von einer sinkenden Wahlbeteiligung profitierten. Der dritte Beitrag prüft, inwieweit soziale Milieus die Wahlscheidung von Milieuangehörigen prägten und ob dies Einfluss auf den Wahlerfolg der Volksparteien hatte. Wo entstanden die ersten Partei-Hochburgen von SPD und CDU und was ist aus ihnen geworden? Diese Fragen will der vierte Beitrag beantworten.

2. Konzentration und Zersplitterung der Parteienlandschaft

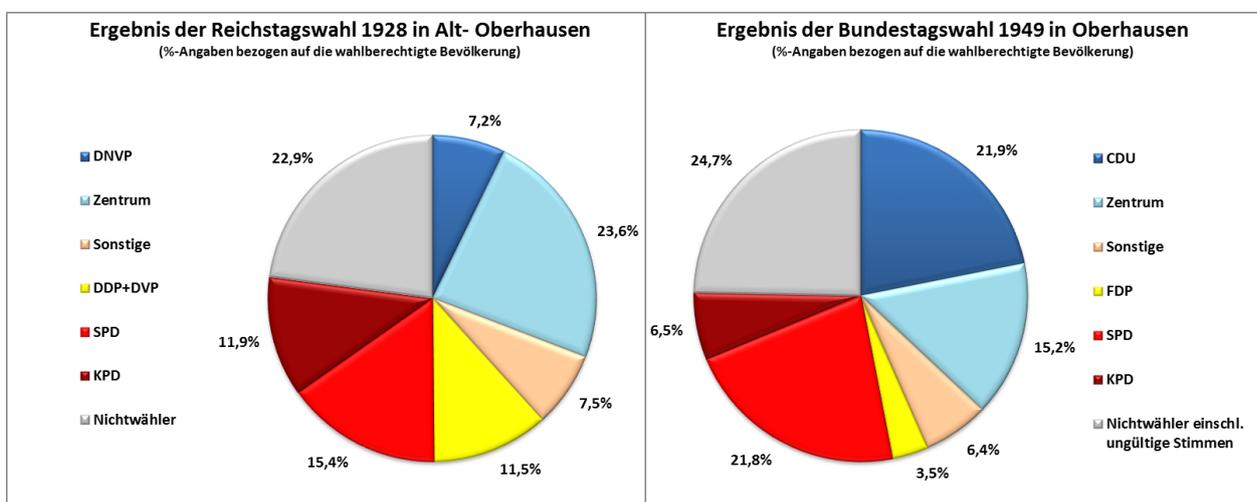
2.1 Parteienentwicklung bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2009 in Oberhausen

Nachdem die Weimarer Republik 1933 untergegangen war, gab es bis 1949 keine freien Wahlen für das gesamte Nachkriegsdeutschland. Durch die Teilung Deutschlands fand die erste freie Wahl nur in der neu gegründeten Bundesrepublik statt. Welche politischen Präferenzen hatten die Westdeutschen nach zwölf Jahren Diktatur und vier Nachkriegsjahren unter alliierter Besatzung? Wann und wie entwickelte sich eine neue Parteienlandschaft, losgelöst von den Traditionen der Vorkriegszeit? Haben neue Parteien eine Chance, sich dauerhaft zu behaupten? Auf diese Fragen will dieser Beitrag unter Bezug auf Oberhausener Wahldaten eine Antwort geben.

2.2 Die Ausgangslage

Der Ergebnisvergleich mit der letzten Reichstagswahl in Oberhausen vor dem Aufstieg der NSDAP im Jahr 1928 belegt trotz des Zeitabstandes von 21 Jahren eine auffallende Kontinuität der politischen Einstellungen. Die Parteienlandschaft knüpfte 1949 auch in ihren Größenverhältnissen an die Ergebnisse der Weimarer Zeit an.

Die Parteien des proletarischen Milieus ¹⁾, KPD und SPD, traten bei der ersten Bundestagswahl 1949 ebenso wieder an wie die der kirchlichen Milieus, das Zentrum als Partei des politischen Katholizismus und in Konkurrenz zum Zentrum die CDU als neue gemischt-konfessionelle politische Kraft.



So wurden KPD und SPD 1949 von 28,3 Prozent der Wahlberechtigten (1928: 27,3 %) gewählt, allerdings hatte sich innerhalb des proletarischen Milieus das Gewicht zugunsten der SPD verschoben. Das Ansehen der Sowjetunion hatte sich besonders nach der Berlin-Blockade rapid verschlechtert, gleichzeitig forderte Ost-Berlin Einfluss auf den politischen Kurs der KPD, was ihr sehr schadete ²⁾.

Auf der anderen Seite standen das Zentrum und die gemischt-konfessionelle CDU mit zusammen 37,1 Prozent (1928: Zentrum und DNVP 30,8%). Es deutete sich bereits an, dass das Zent-

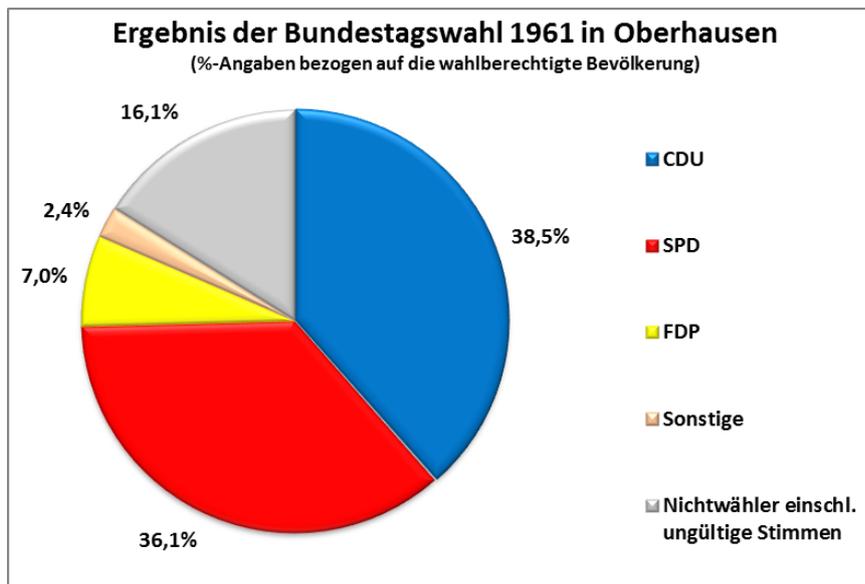
rum mit seiner rein katholischen Ausrichtung keine Zukunft mehr haben würde, denn es lag bereits 1949 klar hinter der „neuen“ CDU.

Die FDP bildete einen Zusammenschluss der alten liberalen Parteien DVP und DDP (1928: 11,5%), erreichte 1949 aber nur noch 3,5 Prozent der Wahlberechtigten.

Auch der Anteil der Politikfernen oder Unentschlossenen, die den politischen Wahlen fernblieben, war 1949 mit knapp 25 Prozent ähnlich hoch wie 1928 (22,9%).

2.3 1. Phase: Parteienkonzentration von 1949 bis 1961

Spätestens das Ergebnis der vierten Bundestagswahl 1961 zeigte eine Parteienlandschaft, die nicht mehr in der politischen Kontinuität der Weimarer Republik stand. Oft wurde diese Veränderung als deutsches „Wahlwunder“⁽³⁾ bezeichnet, worunter die Überleitung von dem Vielparteiensystem der Weimarer Zeit in ein System mit drei etablierten Parteien, CDU, SPD und FDP verstanden wurde. Die häufig verwendete Bezeichnung „Zweieinhalbparteiensystem“ machte deutlich, dass sich zwei große Volksparteien ohne eigene Mehrheit gegenüber standen, die zur Regierungsbildung jeweils einen „Mehrheitsbeschaffer“, die FDP, brauchten.



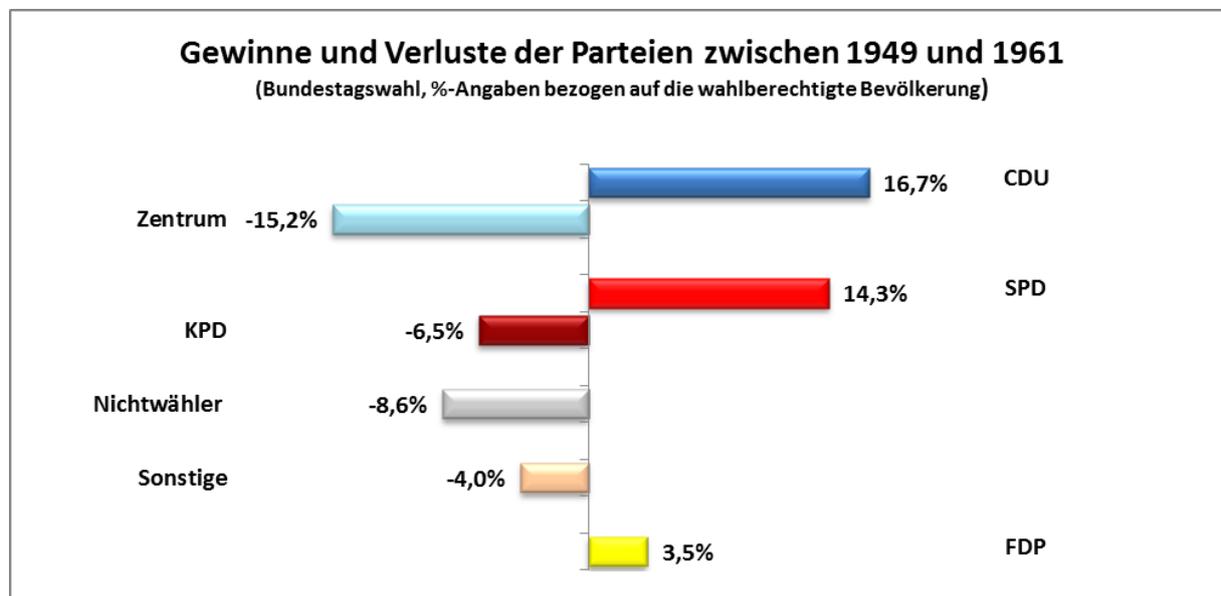
Einig ist sich die Wahlforschung, dass das Zentrum seine Wähler/innen an die CDU verlor, die als gemischtkonfessionelle christliche Partei auch für die Zentrumswähler/innen mit starker katholischer Bindung wählbar war. Begünstigt wurde die Attraktivität der CDU auch durch die nachlassenden Gegensätze zwischen den beiden

christlichen Konfessionen und den beginnenden Auflösungserscheinungen der vormals geschlossenen Milieus in der frühen Bundesrepublik.

Hiervon profitierte auch die SPD, die lange durch die Ausgrenzung aus der Gesellschaft benachteiligt war und jetzt ihren Minderheitscharakter verlor. Durch Milieuöffnung und einer ideologischen Öffnung (Godesberger Programm) wurde sie zur Partei der gewerkschaftlich gebundenen Industriearbeiter/innen.

CDU und SPD profitierten beide von der steigenden Bereitschaft, an politischen Wahlen teilzunehmen. Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als starkes Indiz für eine hohe Zufriedenheit sowohl mit dem politischen System als auch mit den Parteien, die das politische System tragen.

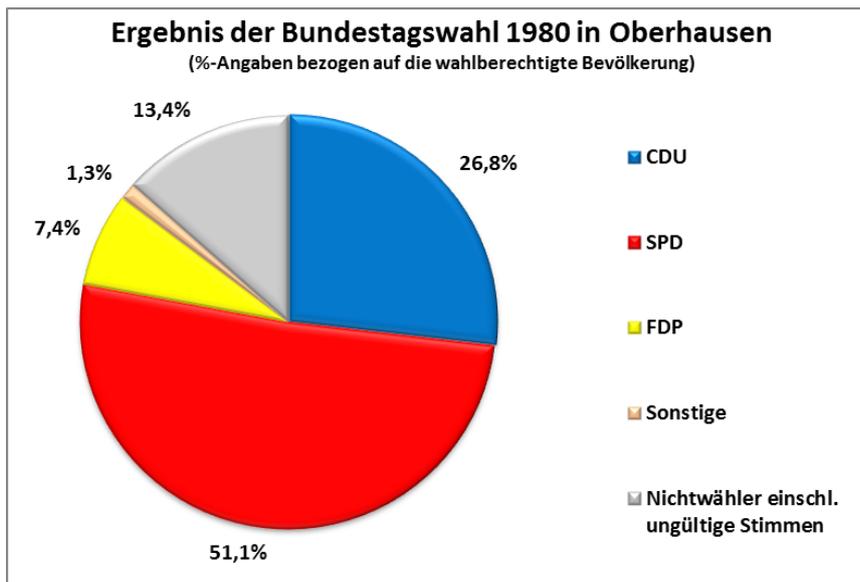
Neben den beiden großen Parteien schaffte es nur die FDP, in der Parteienkonkurrenz zu überleben. Als Grund wird in der Wahlforschung ihre laizistische Ausrichtung genannt ⁴⁾. Mit ihrer kirchenfernen, antisozialistischen Ausrichtung bot sie sich als Alternative zur CDU und SPD an.



Es besteht auch Konsens darüber, dass die wirtschaftliche Entwicklung nach 1949 für die Herausbildung des „Zweieinhalbparteiensystem“ von großer Bedeutung war. Das deutsche Wirtschaftswunder der 50er Jahre, von dem alle Bevölkerungsgruppen profitierten, weil es Arbeitslosigkeit verhinderte und die Integration der Flüchtlinge ermöglichte, galt in der Bevölkerung als Erfolg der Politik und der politischen Parteien. Die Politik erwarb sich ein hohes Ansehen.

2.4 2. Phase: Anteilverschiebungen von der CDU zur SPD von 1961 bis 1980

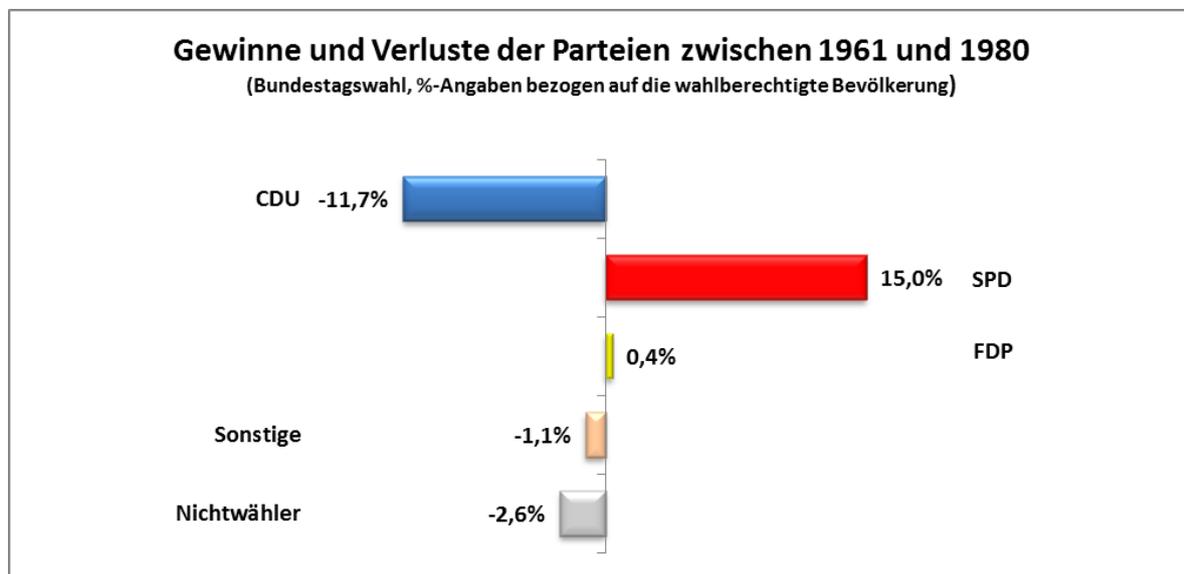
In der Zeit von 1961 bis 1980 prägte die Sozialdemokratie die Politik der Bundesrepublik Deutschland 16 Jahre als regierende Partei. Nachdem die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und die Westintegration unter der Führung der CDU als vollendet galten, gewannen sozialdemokratische Themen wie mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie wagen und die Annäherung an den Osten an Bedeutung.



Oberhausen erlebte, wie auch die anderen Städten im Ruhrgebiet seit Anfang der sechziger Jahre die Anfänge eines besorgniserregenden Strukturwandels, der das Vertrauen der Menschen in die wirtschaftlichen Fähigkeiten der CDU erschütterte, der auf diesem Themenfeld üblicherweise eine besondere Kompetenz zugestanden worden war.

gestanden worden war.

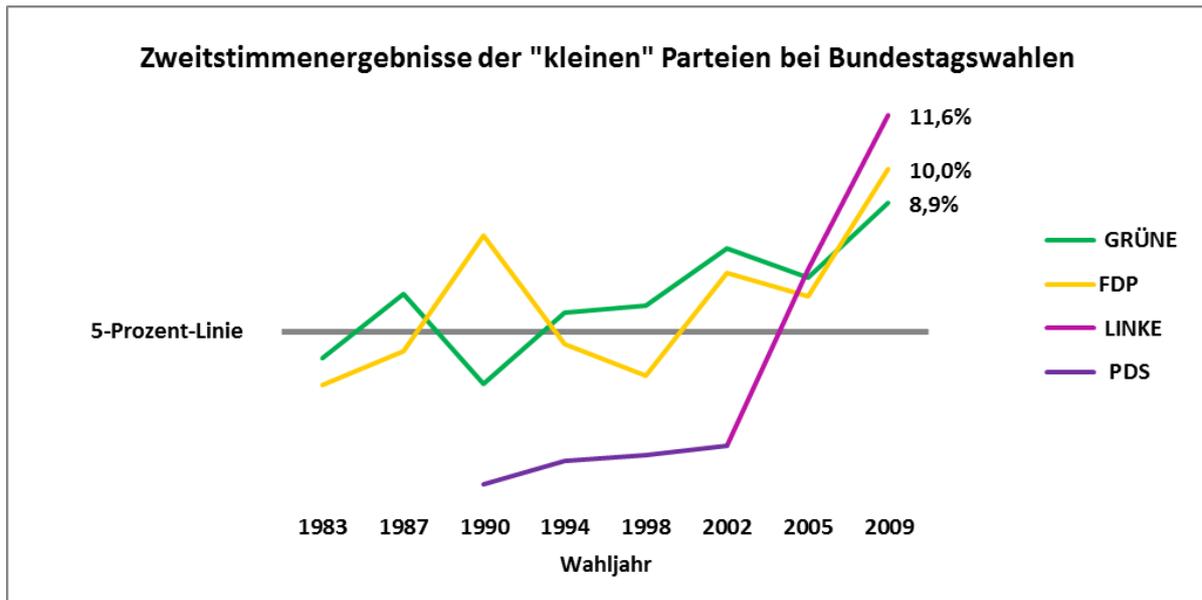
In Oberhausen konnte die SPD daher in der Wählergunst stark zulegen, während die CDU an Zustimmung verlor. Die Gewinn- und Verlustgrafik zeigt die ungewöhnliche Größenordnung der Verschiebungen und den Tatbestand, dass die unzufriedenen ehemaligen CDU-Wähler/innen sich nicht den Splitterparteien zuwandten, sondern bereit waren, in das andere „ideologische“ Lager zu wechseln.



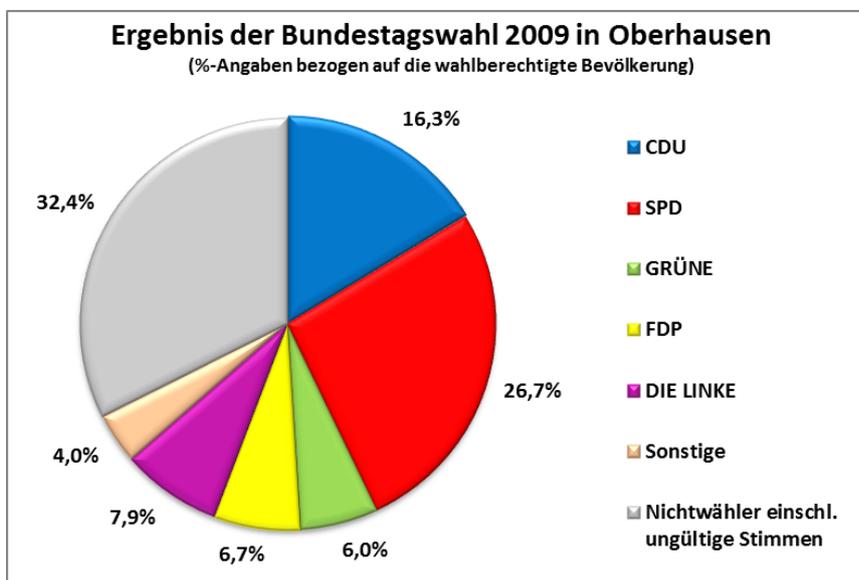
Die Motivation, an politischen Wahlen teilzunehmen, blieb im gesamten Zeitraum von 1961 bis 1980 außergewöhnlich hoch und erreichte Anteile zwischen 85,6 (1969) und 91,1 (1972) Prozent.

2.5 3. Phase: Parteienzersplitterung von 1980 bis 2009

Nach 1980 begann ein neuer Abschnitt in der Parteienentwicklung. Das „Zweieinhalbparteiensystem“ wurde abgelöst von einer neuen Parteienvielfalt. Neue Parteien überwandern die 5-Prozent-Hürde und konnten sich langfristig behaupten. Dieser Prozess vollzog sich nicht in zwei oder drei Legislaturperioden, sondern dauerte Jahrzehnte und war mit einigen Schwankungen verbunden.



Die FDP schwankte auch vor 1980 stets um die 5-Prozent-Linie, während die Grünen, 1983 erstmals im Bundestag vertreten, einem steten Aufwärtstrend (ausgenommen 1990) folgten. Die Linke-Vorgängerpartei PDS war in Oberhausen lange erfolglos, erst nach dem Zusammenschluss mit der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit) und dem neuen Parteinamen DIE LINKE gelang der Durchbruch.



Das Bundestagswahlergebnis 2009 in Oberhausen brachte beiden großen Volksparteien zusammen, bezogen auf die Wahlberechtigten gerade noch einen Anteil von 43 Prozent, fast ein Drittel (32,4%) der Wahlberechtigten blieben der Wahl fern und das letzte Viertel

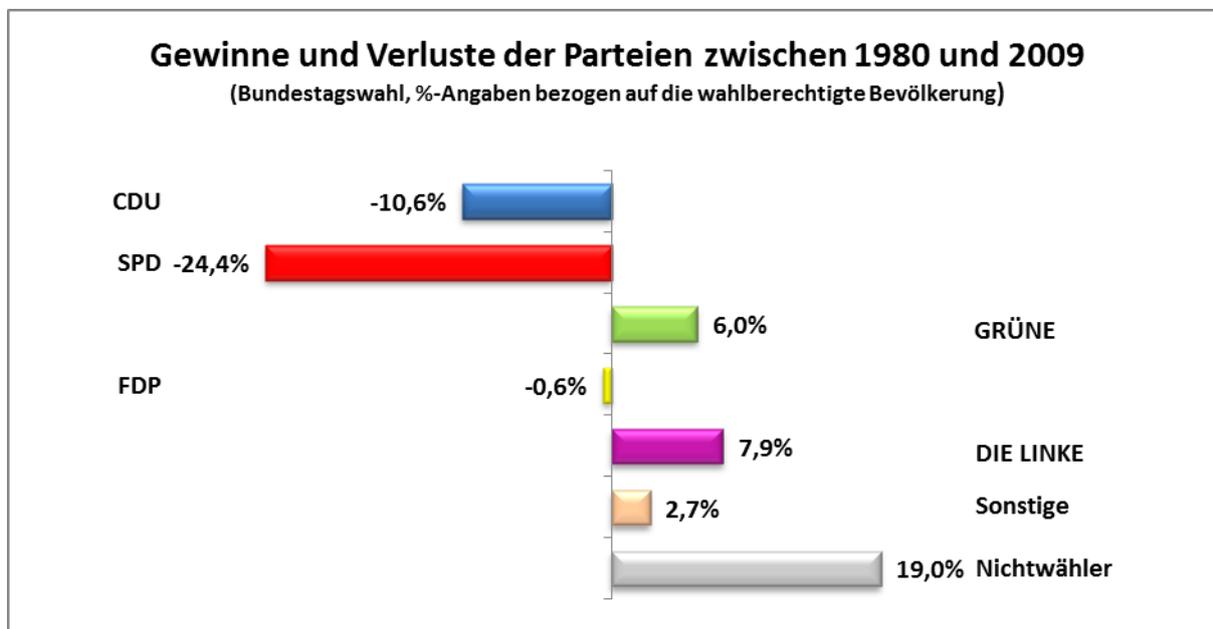
entschied sich für eine der kleinen Parteien. Darunter erhielt die LINKE 7,9%, die FDP 6,7% und die GRÜNEN 6 Prozent.

Die Gewinn- und Verlustgrafik legt offen, dass im Vergleich zu 1980 die Verschiebungen besonders zu Lasten der SPD gingen, die 24,4 Prozentpunkte einbüßte. Auch die andere Volkspartei, CDU, verlor 10,6 Prozentpunkte. Die FDP als kleinste der drei traditionellen Parteien verlor nur leicht.

Die meisten Zugewinne verzeichnete das Lager der Nichtwähler/innen mit fast 20 Prozentpunkten. Die GRÜNEN und die Partei DIE LINKE ergänzten das Parteienspektrum, hinzu kamen viele Kleinstparteien, die die 5-Prozent-Hürde nicht überwinden konnten.

Die Wahlforschung führt die neue Zersplitterung der Parteienlandschaft und die steigende Nichtwählerzahl auf eine wachsende Unzufriedenheit der Wahlberechtigten zurück. Danach richtete sich die Unzufriedenheit sowohl gegen Politiker, die traditionellen Parteien und das politische System.⁵⁾

Zusammen mit der abnehmenden Bindungskraft der Volksparteien (Stammwähler/innen) steigt die Bereitschaft der Menschen, sich für ganz neue Parteien zu entscheiden. Wachsende Distanz zum politischen System gepaart mit dem nachlassenden Pflichtbewusstsein, an politischen Wahlen teilzunehmen, führte zu einem deutlichen Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung.



Obwohl sich die zwei Volksparteien beim Wahlgang des Jahres 2013 leicht erholt zeigten, lässt der Ausblick auf das Wahljahr 2017 unklar, ob es zu einer stärkeren Zersplitterung der Parteienlandschaft kommen wird oder ob es den großen Volksparteien gelingen wird, verlo-

rene Wähler/innen erneut an sich zu binden und für die nachwachsenden jungen Wahlberechtigten eine attraktive Wahloption zu sein.

Anmerkungen:

1) Der Begriff des Milieus meint dabei einen Gruppenzusammenhang mit einem gewissen Wir-Gefühl und den Aspekten von verbindender und verbindlicher, den Alltag prägender Weltanschauung.

2) Solar, Marcel in: Kost, Andreas/Rellecke, Werner/Weber, Reinhold (Hrsg.): Parteien in den Deutschen Ländern, S. 282, 2010.

3) Rattinger, Hans: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, S.34.

4) Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, S 207, 2016.

5) Falter Jürgen W./Schumann Siegfried: Nichtwahl und Protestwahl in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, S.49.

3. Wahlbeteiligung und Parteienerfolge

3.1 Wahlabstinz und Protestwahl

Die erste gesamtdeutsche Wahl 1990 war von einer überraschenden Wahlabstinz gekennzeichnet, nur 77,8 Prozent der Wahlberechtigten nahmen deutschlandweit an der Wahl teil. Auch in Oberhausen gingen mit 75,1 Prozent weniger Menschen als bei den früheren Bundestagswahlen wählen. Während in den 1970er Jahren die Wahlbeteiligung stets um 90 Prozent lag, bröckelte sie in den 1980er Jahren kontinuierlich. Die zunehmende Wahlabstinz führte nach 1990 zu vermehrten Diskussionen in der Wahlforschung.¹⁾

Oft angeführt wird dabei das Argument der nachlassenden Wahlnorm. Gemeint ist damit die Ansicht der Menschen, dass es ihre Pflicht sei, an politischen Wahlen teilzunehmen (Wahl als Staatsbürgerpflicht). Diese Norm hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an Verbindlichkeit verloren. Es konnte empirisch nachgewiesen werden, dass das Fehlen einer als verbindlich wahrgenommenen Wahlnorm in der Gruppe der Nichtwähler besonders hoch ist.

Zweifellos hat auch die Parteienbindung in der Vergangenheit nachgelassen. Die Zahl der Stammwähler/innen war in der Vergangenheit ebenso rückläufig wie die Zahl der Parteimitglieder. Gleichzeitig wächst die Zahl der politisch Uninteressierten. Beide Tendenzen begünstigen aus der Sicht der Wahlforschung die Wahlabstinz.

Unter dem Schlagwort Parteienverdrossenheit werden zahlreiche Ursachen für die nachlassende Attraktivität der Parteien diskutiert: z.B. wegen der Zunahme der Parlamentsabgeordneten vom Typ „Berufspolitiker“, Ungereimtheiten bei der Parteienfinanzierung, der Ämterpatronage über das Parteibuch oder der Politikerkandale.²⁾

Die Wahlforscher beobachten zunehmend oft eine Verhaltensweise bei Wählern/innen, die sie als „Protestwahl“ bezeichnen. Die Protestwahl wird verstanden als Abkehr von den zwei großen Volksparteien CDU und SPD und als eine Wahlentscheidung für eine kleine, oft auch radikale Partei. Ursache des „Protests“ ist die Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Ausrichtung oder Leistung der großen Parteien. Laut der Theorie des „rationalen Protestwählers“ möchten die Protestwähler die großen Parteien zu einem Politikwechsel bewegen, bleiben aber „ihrer“ Partei zunächst nahe stehend.³⁾

3.2 Politikverdrossenheit und Parteienerfolge

Nichtwahl und Protestwahl sind nach Jürgen W. Falter zwei Seiten einer Medaille.⁴⁾ Beide Verhaltensweisen sind Reaktionen auf eine steigende Unzufriedenheit mit den etablierten Politikern, den Parteien, der Politik und dem politischen System. Beide Verhaltensweisen treten zusammen auf.

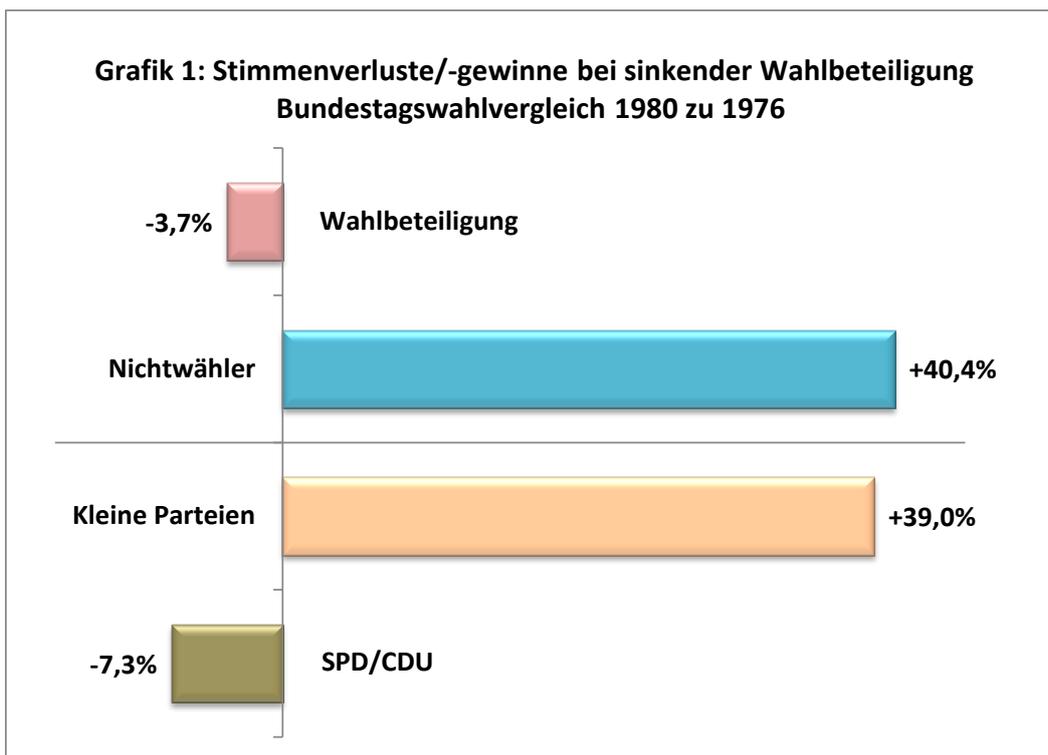
Bei den siebzehn Bundestagswahlen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 bis 2013 ging die Wahlbeteiligung in Oberhausen fünfmal im Vergleich zur Vorwahl zurück (Rückgang um mindestens 1 Prozent). Bei sieben Wahlen blieb die Wahlbeteiligung nahezu unverändert und in fünf Fällen stieg sie an (Anstieg der Wahlbeteiligung um mindestens 1 Prozent).

Nach den oben gemachten Überlegungen wäre zu erwarten, dass neben der Wahlabstinenz auch immer eine Tendenz zur Protestwahl beobachtbar ist. Eine Überprüfung dieses theoretischen Ansatzes erfolgt hier auf der Basis der Bundestagswahlergebnisse für das Stadtgebiet Oberhausen:

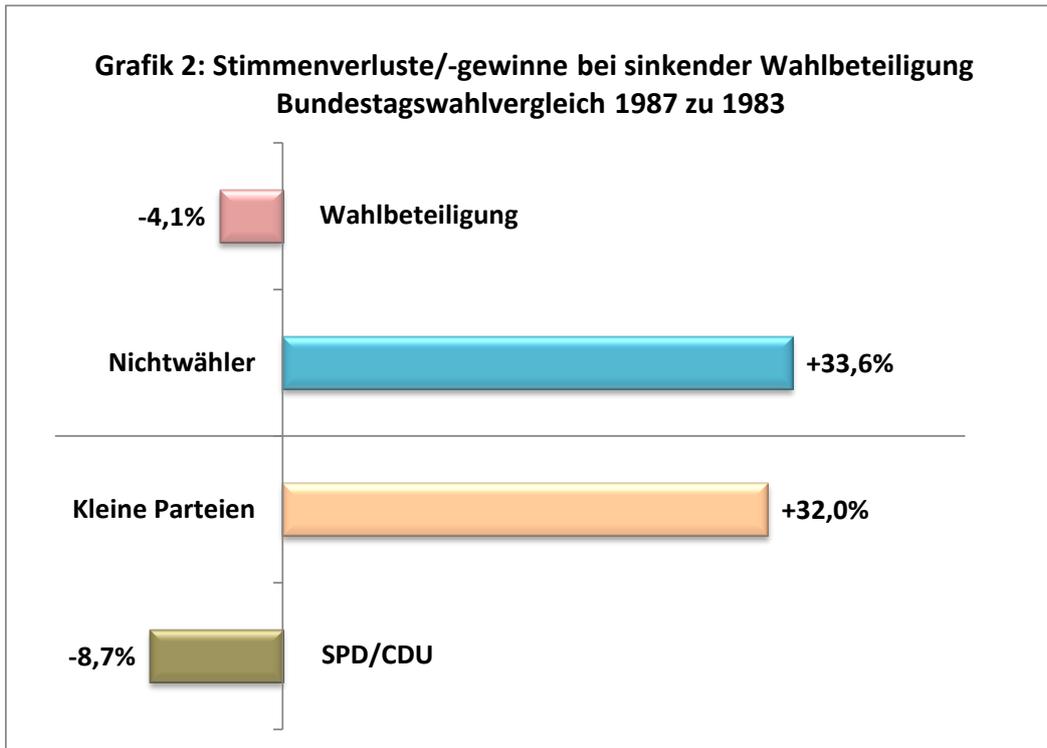
Einen Rückgang des Wähleranteils gab es jeweils bei den Wahlgängen 1980 (minus 3,7 Prozent), 1987 (minus 4,1%), 1990 (minus 8,77 Prozent), 2002 (minus 4,4 Prozent) und 2009 (minus 8,4 Prozent). Für jeden Wahlgang wurden die Stimmenergebnisse von CDU und SPD zusammenaddiert und mit dem Ergebnis der Vorwahl verglichen. Die Stimmen der übrigen Parteien und die ungültigen Stimmen wurden ebenfalls für einen Vorwahlvergleich zusammengefasst.

3.3 Wahlergebnisse bei sinkender Wahlbeteiligung

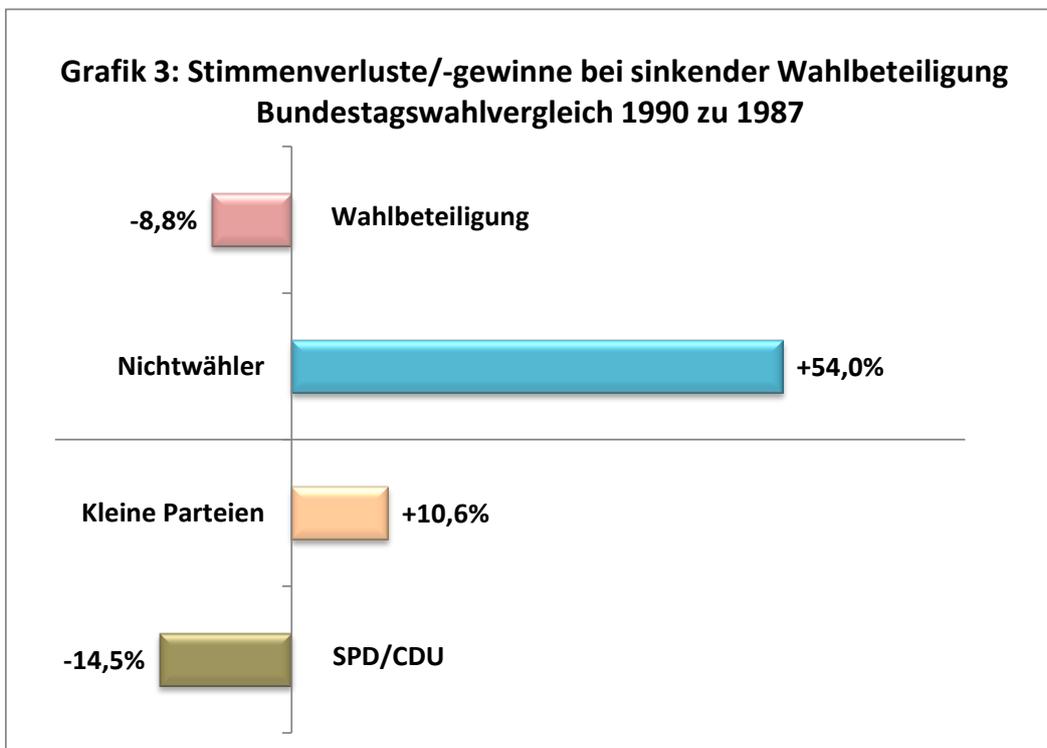
Beim Wahlgang **1980** (Grafik 1) sank die Wahlbeteiligung von fast 91 um minus 3,7 Prozentpunkte. CDU und SPD verloren über 10.000 Stimmen, das Lager der Nichtwähler wuchs um über 6.000 Stimmen, die kleinen Parteien legten um mehr als 4.000 Stimmen zu, was einer Zunahme um 39,0 Prozent entsprach.



Kaum anders war es bei der Bundestagswahl **1987** (Grafik 2).



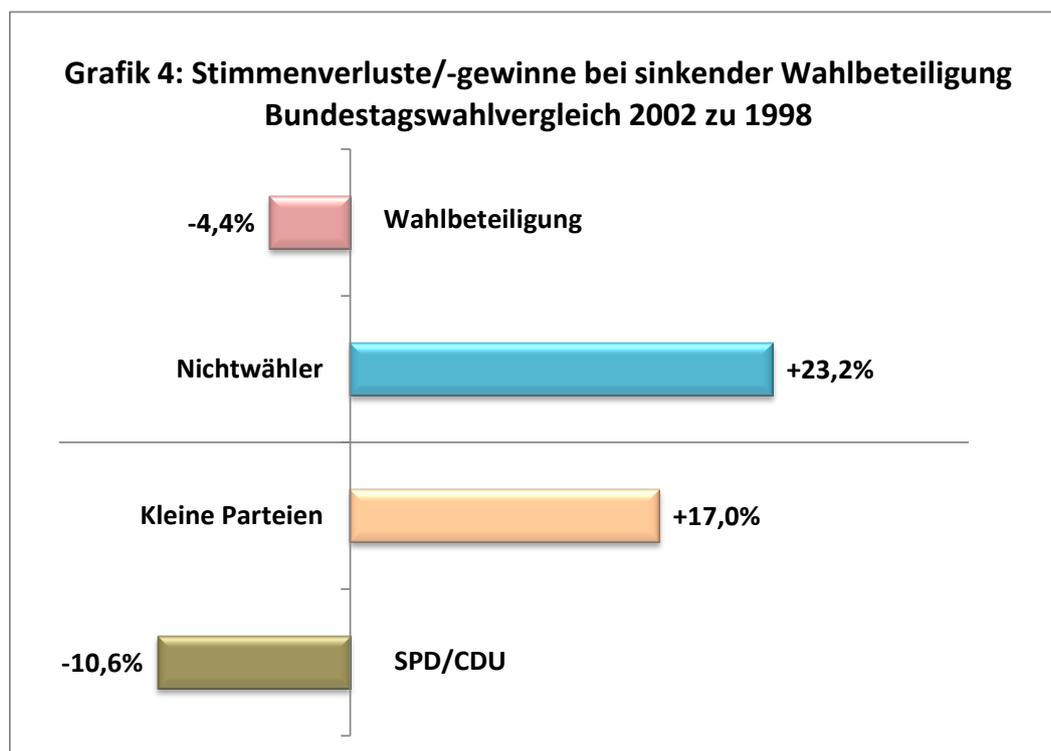
Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl **1990** (Grafik 3) kam es zu einem bis dahin nicht gekannten Rückgang der Wahlbeteiligung um 8,8 Prozentpunkte.



Die beiden großen Parteien verloren gemeinsam über 18.000 Stimmen. Diese wanderten im Saldo größtenteils (knapp über 15.000) in das Lager der Nichtwähler/innen, während die

kleinen Parteien nur wenig von der enormen Wahlabstinz profitieren konnten (+3.017 Stimmen).

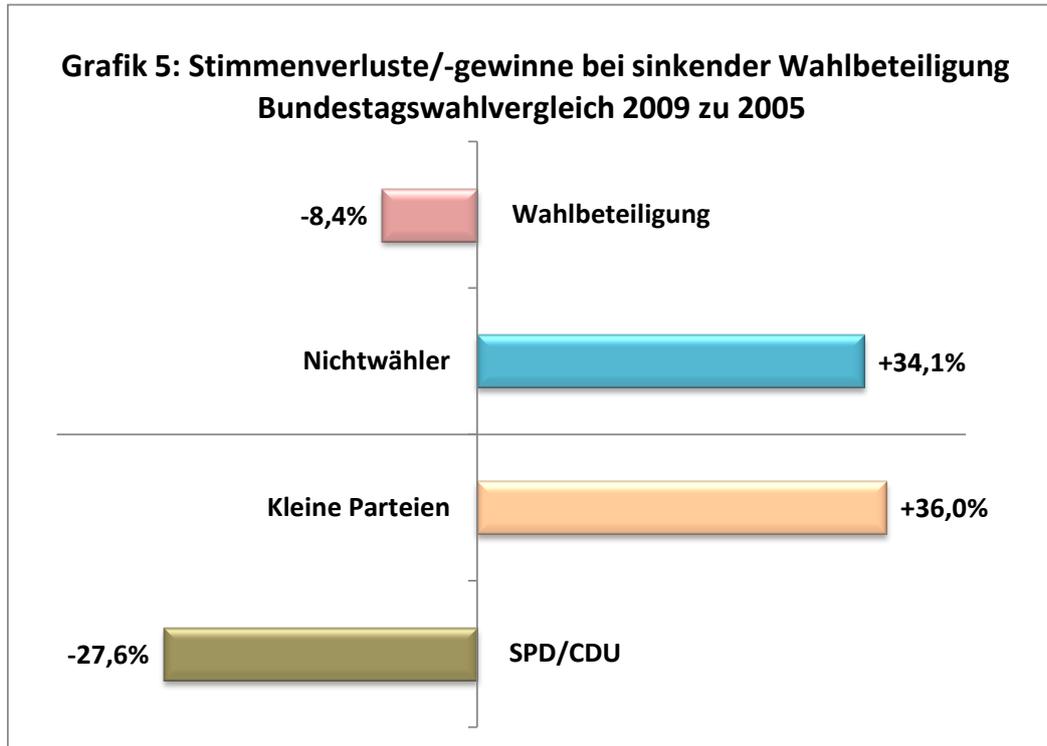
Mit der Bundestagswahl **2002** (Grafik 4), Wiederwahl von Bundeskanzler Schröder, kam es nach zwei Wahlgängen (1994 und 1998) mit gestiegener Wahlbereitschaft zu einem erneuten Rückgang der Wahlbeteiligung. Die Volksparteien mussten einen Verlust von fast 11.000 Stimmen verbuchen, von denen fast 4.000 zu den kleinen Parteien wechselten.



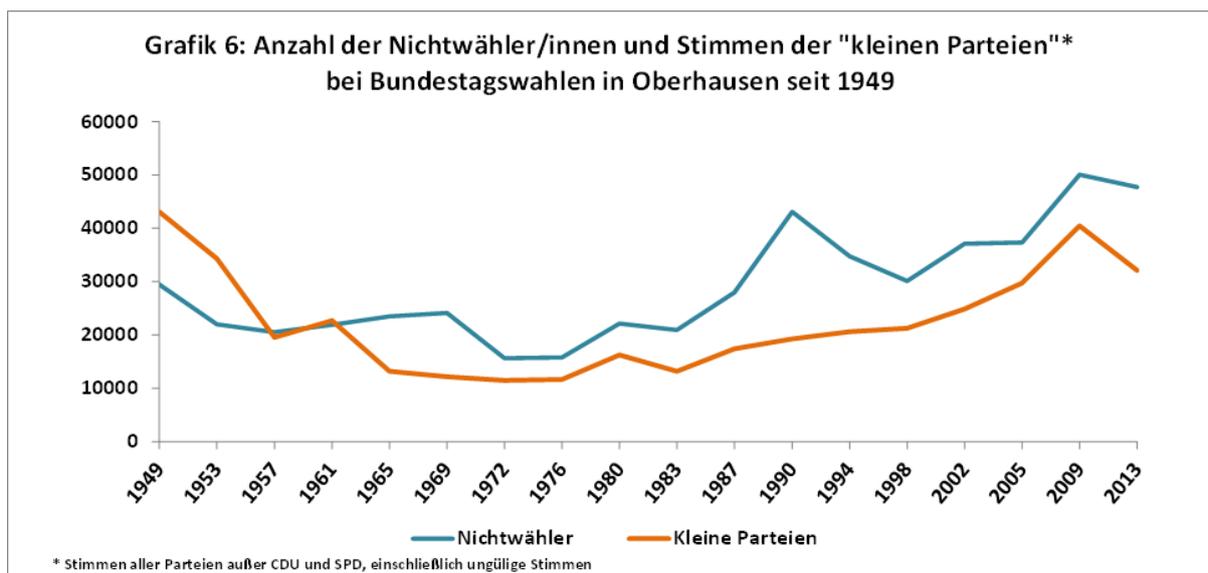
Das Wahlergebnis der Bundestagswahl von **2009** (Grafik 5) war besonders gekennzeichnet von einer starken Abnahme der Wahlbereitschaft. In Oberhausen gingen nur noch 68,5 Prozent der Menschen zur Wahl, bundesweit waren es 70,8 Prozent. Um das Ergebnis der Vorwahl zu erreichen, fehlten CDU und SPD knapp 26.000 Stimmen. Anders als 1990 zählten die kleinen Parteien zu den großen Gewinnern mit fast 11.000 zusätzlichen Stimmen. Die Zahl der Nichtwähler/innen erhöhte sich auf 50.049 Wahlberechtigte.

Bei allen fünf Wahlen mit gesunkener Wahlbeteiligung wird die Annahme bestätigt: die gemeinsame Stimmenzahl der großen Volksparteien sank, gleichzeitig erhöhten die kleinen Parteien ihre Stimmenzahl. Schaut man sich den Erfolg der Parteien FDP, GRÜNE und LINKE/PDS bei den oben genannten Wahlterminen im Detail an, zeigt sich, dass jede von ihnen jeweils einen Stimmenzuwachs aufweisen konnte. Lediglich bei der Wahl 1987 verloren die GRÜNEN als kleine Partei.

Die sonstigen Klein- und Kleinstparteien, darunter auch diejenigen aus dem rechten Spektrum, legten ebenfalls zu (Ausnahme 2002).



Vergleicht man die Entwicklung der Nichtwählerzahlen mit den abgegebenen Stimmen für die kleinen Parteien (Grafik 6), fällt die gleichgerichtete Entwicklung sofort ins Auge. Nichtwahl und Protestwahl scheinen tatsächlich zwei Seiten einer Medaille zu sein. Parallel zu einem Zuwachs der Nichtwähler steigt auch die Wahlpräferenz für eine kleine Partei.



Die Statistik belegt auch den umgekehrten Zusammenhang, dem zufolge von einer zunehmenden Wahlbeteiligung die großen Volksparteien profitieren. Besonders in der Anfangs-

phase der Bundesrepublik bis zur Mitte der 70er Jahre nahmen immer mehr Menschen an den politischen Wahlen teil und stärkten besonders CDU und SPD. 1983 und 2013 konnten die kleinen Parteien trotz höherer Wahlbeteiligung ihre Stimmzahl im Vergleich zur Vorwahl nicht erhöhen.

3.4 Ausblick

Das ständige Wachstum der kleinen Parteien in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten macht das Attribut „klein“ zunehmend weniger brauchbar, umgekehrt fällt es immer schwerer, SPD und CDU als „große“ Parteien zu sehen. Damit ist der theoretische Ansatz, nachdem bei Unzufriedenheit mit den Volksparteien und ihrer Politik die Wahlberechtigten sich oft für die Nichtwahl oder eine Protestwahl entscheiden, kaum noch für die Vorhersage des Wahlverhaltens geeignet.

Eine Protestwahl allein als Abwendung von CDU oder SPD zu verstehen, überzeugt in der aktuellen Situation, bei der oft sechs Parteien den Einzug in die Parlamente schaffen und die kleinen Parteien immer öfter den Wählerzuspruch der Volksparteien erreichen oder (siehe beispielsweise Baden-Württemberg 2016) sogar übertreffen, immer weniger. Da über Regierungskoalitionen auch die kleinen Parteien in den Landtagen Regierungsverantwortung tragen oder trugen (ausgenommen die AfD), wird es für den Protestwähler/innen nicht mehr so leicht, seinem/ihrem Protest eine Richtung zu geben. Dies dürfte die Nichtwahl und neue Protestparteien in Zukunft weiter begünstigen.

Anmerkungen:

- 1) Schäfer, Armin: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger in: Bytzek, Evelyn/ Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der unbekannte Wähler, S. 135, 2011.
- 2) Falter Jürgen W./Schumann Siegfried: Nichtwahl und Protestwahl in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, S.37-40.
- 3) Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S.53, 2008.
- 4) Falter Jürgen W./Schumann Siegfried: Nichtwahl und Protestwahl in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, S.36.

4. Soziale Milieus und Stammwähler/innen der Volksparteien

Wähler und Wählerinnen, die unabhängig von aktuellen politischen Ereignissen dazu neigen, stets der gleichen politischen Partei ihre Stimme zu geben, werden in der Wahlforschung Stammwähler/innen genannt. Stammwähler/innen fühlen sich einer gesellschaftlichen Gruppe zugehörig, die traditionell einer bestimmten politischen Partei den Vorzug gibt. Die Wahlsoziologie spricht hier von sozialen Milieus, in denen die jeweilige weltanschauliche Orientierung auf die individuelle Wahlentscheidung starken Einfluss nimmt.¹⁾

Gibt es eine räumliche Konzentration milieuangehöriger Stammwähler in einem Stadtviertel, dann schneidet die bevorzugte Partei in den entsprechenden Wahlbezirken dauerhaft gut ab. Damit existiert eine Voraussetzung für eine Partei-Hochburg. Hochburgen einer Partei sind Gebiete, „in denen diese traditionell herausragende Wahlergebnisse erzielt“.²⁾

Besonders der Erfolg der Volksparteien SPD und CDU basierte nach einhelliger Meinung auf der Verankerung in sozialen Milieus. So konnte sich die Sozialdemokratie auf ihre Stammwählerschaft aus der Industriearbeiterschaft mit Gewerkschaftsbindung verlassen. „Mit der Sozialdemokratisierung der Gewerkschaften erlangte die SPD eine Verankerung im vopolitischen Raum.“³⁾

Die CDU band als Nachfolgepartei des Zentrums aus der Weimarer Zeit überwiegend katholische Bevölkerungsgruppen an sich, darunter auch große Teile der katholischen Arbeiterschaft. „Mit Stimmenanteilen bis zu 70 Prozent bilden die praktizierenden Christen bis heute (2016) die treueste Wählergruppe der Union.“⁴⁾

Spätestens seit den achtziger Jahren verlieren die Milieus an Prägekraft, gleichzeitig schmelzen sie ab. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bringt es mit sich, dass die Zahl der Arbeiter sowohl in der Industrie als auch im Handwerk schrumpft. Gleichzeitig verlieren die christlichen Religionsgemeinschaften an Bedeutung, die Zahl der katholischen und evangelischen Christen ist über Jahrzehnte rückläufig, Kirchenschließungen sind seit fast 20 Jahren ein Dauerthema.

Der Bedeutungsverlust beider Milieus sollte den Wahlerfolg von SPD und CDU auch in Oberhausen beeinflussen. Auf der Grundlage der Daten aus der Volkszählung 1987 können die Wahlbezirke im Stadtgebiet aufgefunden werden, in denen das SPD-Milieu und das CDU-Milieu in der Mitte der achtziger Jahre einen besonders hohen Bevölkerungsanteil ausmachten. Zunächst soll geprüft werden, ob die den Milieus zugeordneten Parteien dort im Vergleich mit dem Gesamtstadtergebnis tatsächlich besser abschnitten. Unter der Prämisse, dass beide Milieus in den darauffolgenden Jahrzehnten kontinuierlich schrumpften, ist zu vermuten, dass sich dort die Wählerstimmen für SPD und CDU seit 1987 ungünstig entwickelt haben. Basis der Untersuchung bilden wegen der höheren Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Wahlarten die Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1987.

Auf zwei methodische Schwierigkeiten ist an dieser Stelle hinzuweisen. Die Gebietseinteilung der Volkszählung 1987 basiert auf den „Statistischen Bezirken“, die häufig nicht deckungs-

gleich sind mit den Wahlbezirken und den entsprechenden Wahlergebnissen. Im Jahr 1995 hat das Wahlamt der Stadt Oberhausen eine Revision der Wahlbezirke vorgenommen und sie der veränderten Wahlbevölkerung angepasst. Damit war die Anzahl der für einen Zeitvergleich seit 1987 geeigneten Wahlbezirke eingeschränkt.

4.1 SPD

Wahlbezirke mit hohem Arbeiteranteil

Als klassische Montan-Stadt im Ruhrgebiet war die Beschäftigtenstruktur Oberhausens geprägt von einem sehr hohen Anteil an Arbeitern. Die Volkszählung 1961 weist für die gesamte Stadt bezogen auf Arbeiter und Angestellte einen Arbeiteranteil von fast 73 Prozent aus. Gut 25 Jahre später, in der Hauptphase des Strukturwandels weg von der Montanindustrie, ist der Anteil auf 46,7 Prozent geschrumpft (Volkszählung 1987). Letztmalig wird im Jahr 2004 die „Stellung im Beruf“ statistisch ausgewiesen. Zu diesem Zeitpunkt haben die Arbeiter noch einen Anteil von 42,3 Prozent an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. (Die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten wurde in der Rentenversicherung zum 1. Januar 2005 aufgehoben.)

Im statistischen Bezirk Lirich-Nord (identisch mit dem Wahlbezirk Lirich-Nord) lebten traditionell weit überdurchschnittlich viele Arbeiter, in der Blütezeit der Montanindustrie im Jahr 1961 waren es 3.021 Arbeiter und 709 Angestellte, was einem Arbeiteranteil von mehr als 80 Prozent entspricht. Zwar war die Zahl der Arbeiter auch hier in den Jahren danach rückläufig, blieb aber auch in den achtziger Jahren immer klar über dem städtischen Durchschnitt.

Damit ist anzunehmen, dass sich die Sozialdemokratie im Wahlbezirk Lirich-Nord zwischen 1987 und 1994 auf eine hohe Stammwählerschaft verlassen konnte und ausgezeichnete Wahlergebnisse erzielte.

Wahlerfolg im Wahlbezirk Lirich-Nord mit hohem Arbeiteranteil

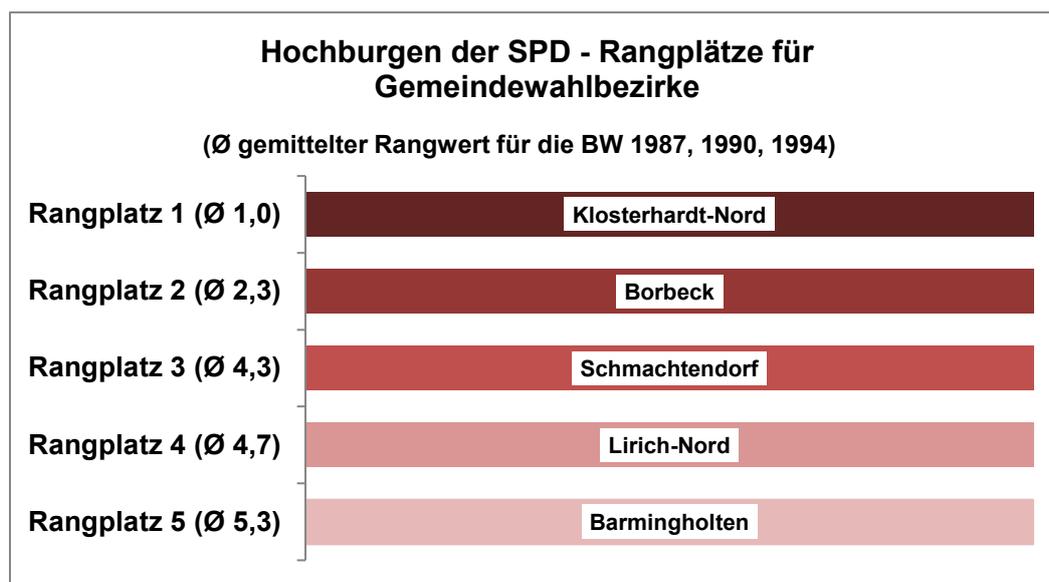
Stets wurden die hohen Ergebnisse der städtischen SPD in Lirich deutlich getoppt. Hier lagen die Zweitstimmenanteile zwischen 4,8 und 7,6 Prozentpunkten über dem gesamtstädtischen SPD-Ergebnis.

Bundestagswahl	Lirich-Nord Stimmenanteil der SPD	Oberhausen Stimmenanteil der SPD	Differenz in Prozentpunkten
1987	65,3%	57,7%	+7,6
1990	58,9%	54,1%	+4,8
1994	62,9%	57,9%	+5,0

Eine Rangliste der Wahlbezirke nach SPD-Anteilswerten an den gültigen Stimmen zeigt, wo die Partei ihre Hochburgen hat bzw. wo sie sehr schwache Ergebnisse erzielt. Sie gibt nicht die Abstände zwischen den Rängen zu erkennen. Um eine Rangliste zu stabilisieren, emp-

fehlt es sich, den Ranglistendurchschnitt mehrerer Wahlen zu ermitteln, hier sind es die Wahlen von 1987, 1990 und 1994.

Den Rangplatz 1 belegte der Wahlbezirk Klosterhardt-Nord. Bei den Wahlen 1987, 1990 und 1994 lag der Bezirk immer vorne und war damit die stabilste der SPD-Hochburgen. Auch der Wahlbezirk Borbeck auf dem Ranglistenplatz 2 ragt bei den SPD-Ergebnissen deutlich heraus. Der hier betrachtete Wahlbezirk Lirich-Nord liegt auf Rang 4 und damit weit vorne. Der hohe Arbeiteranteil in den achtziger Jahren machte sich folgerichtig deutlich im SPD-Ergebnis bemerkbar.



Stimmenentwicklung in den Wahlbezirken mit hohem Arbeiteranteil

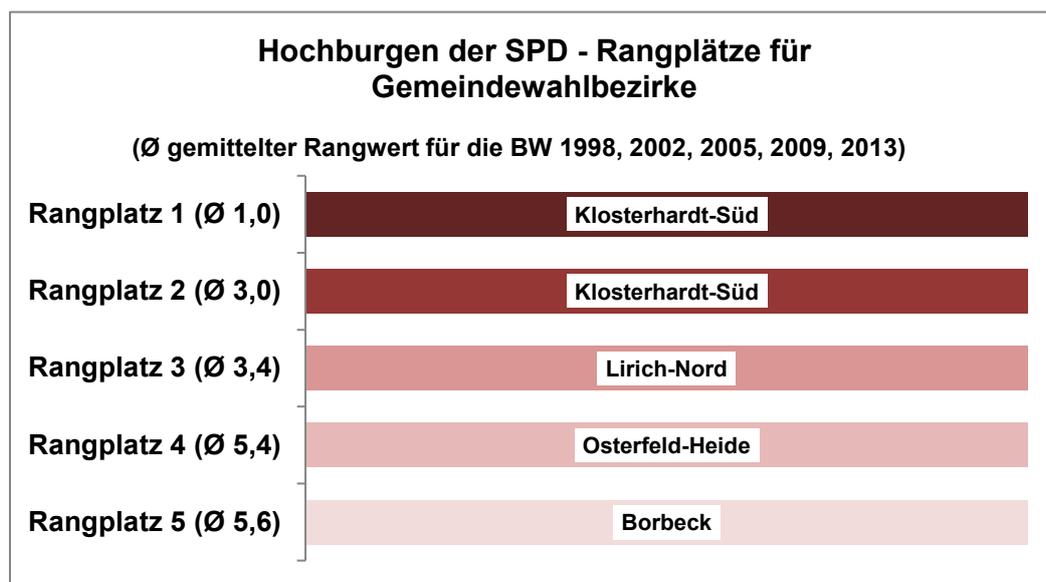
Das statistische Merkmal „Stellung im Beruf“ wird heute nicht mehr erhoben und letztmalig 2004 ausgewiesen. Zwischen 1987 und 2004 war der Arbeiteranteil sowohl in Oberhausen als auch in Lirich-Nord rückläufig. Während er in Oberhausen in dem genannten Zeitraum um 4,4 Prozentpunkte schrumpfte (1987: 46,7%; 2004: 42,3%), sank er in Lirich Nord mit 1,6 Prozentpunkte etwas langsamer (1987: 53,1%; 2004: 51,5%). Betrachtet man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszeigen nach 2004, wird eine weiter sinkende Bedeutung des Produzierenden Sektors, in dem die meisten Arbeiter zu verorten sind, in Oberhausen erkennbar. Daraus lässt sich ableiten, dass die Zahl der Arbeiter sowohl in Oberhausen als auch in Lirich bis in die Gegenwart rückläufig gewesen ist.

Der Arbeiteranteil im Wahlbezirk Lirich-Nord blieb, nachweisbar bis 2004, stets über dem gesamtstädtischen Anteil, was überdurchschnittliche SPD-Anteile an den gültigen Stimmen zu Folge haben sollte. Gleichzeitig verringerte sich das Gewicht der Arbeiter unter den Wahlberechtigten, was wiederum den Hochburg-Charakter des Wahlbezirks abschwächen müsste.

Bundestagswahl	Lirich-Nord Stimmenanteil der SPD	Oberhausen Stimmenanteil der SPD	Differenz in Prozent- punkten
1998	67,1%	62,1%	+5,0
2002	63,1%	57,2%	+5,9
2005	57,2%	54,2%	+3,0
2009	41,4%	39,5%	+1,9
2013	45,4%	41,7%	+3,7

Die tatsächlichen Wahlergebnisse der SPD bestätigen die Vorhersagen. Der höhere Stimmenanteil im Vergleich zur Stadt-SPD existiert weiterhin, die Spitzenwerte der Bundestagswahlen aus den achtziger Jahren wurden nicht mehr erreicht.

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass sich der Bezirk Lirich-Nord in der SPD-Rangliste um einen Platz verbessern konnte und auf Platz 3 landete. Möglich wurde dies durch einen langfristigen Trend, der in dieser Form in Oberhausen nur bei der SPD beobachtbar ist. Die SPD-Ergebnisse in den Wahlbezirken rücken stetig näher an den Stadtdurchschnitt heran, der Abstand vom besten Ergebnis zum schlechtesten Ergebnis wird kleiner. Lag zwischen dem besten und schlechtesten Ergebnis 1987 (Klosterhardt-Nord 69,8% SPD-Zweitstimmenanteil; Stadtmitte-Nord 48,9%) eine Spanne von fast 22 Prozentpunkten, betrug die Spanne 2013 nur noch 10,2 Prozent (Klosterhardt-Nord 45,9% SPD-Zweitstimmenanteil; Sterkrade-Nord 35,7%).



4.2 CDU

Wahlbezirke mit hohem Katholikenanteil

Unter der deutschen Bevölkerung in Oberhausen überwogen auch im Jahr 2015 Menschen katholischen Glaubens mit einem Anteil von knapp 41 Prozent. Im Vergleich zu 1987 mit damals 54,1 Prozent ist ihr Anteil allerdings deutlich gesunken. Die katholische Kirchenstatistik des Bistums Essen zeigt zudem, dass auch die Zahl der praktizierenden Katholiken im Zeitverlauf fühlbar kleiner wurde. Ohne Zweifel hat das katholische Milieu seit 1987 an Bedeutung verloren.

In den achtziger Jahren gab es nur in Osterfeld Gebiete, in denen die katholische Bevölkerung stark überwog. In den statistischen Bezirken Osterfeld-Ost und Klosterhardt-Süd weist die Volkszählung von 1987 einen Katholikenanteil von 64,1 bzw. 63,4 Prozent aus. Der dritthöchste Katholikenanteil wurde mit 60,3 Prozent in Osterfeld-West ermittelt. Damit stellt sich die Frage, ob sich hier eine bedeutende CDU-Hochburg herausbilden konnte und wie sich ein möglicher CDU-Erfolg bis 2013 entwickelt hat.

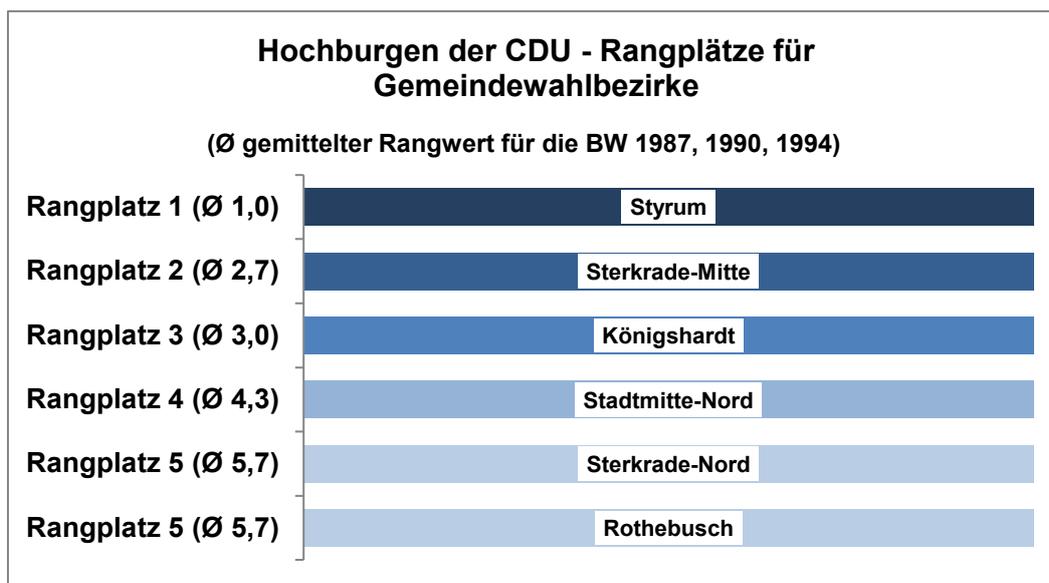
Zur Prüfung werden die Ergebnisse im Wahlbezirk Rothebusch herangezogen, da zu ihm sowohl große Teile der statistischen Bezirke Osterfeld-Ost und –West gehören.

Wahlerfolg im Wahlbezirk Rothebusch mit hohem Katholikenanteil

Im Wahlbezirk Rothebusch erreichte die CDU von 1987 bis 1994 stets überdurchschnittliche Ergebnisse, sie erreichte dort zwischen 2,7 und 3,7 Prozentpunkte mehr als im Stadtvergleich.

Bundestagswahl	Rothebusch Stimmenanteil der CDU	Oberhausen Stimmenanteil der CDU	Differenz in Prozentpunkten
1987	33,6%	30,9%	+2,7
1990	34,7%	31,0%	+3,7
1994	30,8%	27,9%	+2,9

Eine Rangliste der Wahlbezirke nach CDU-Anteilswerten an den gültigen Stimmen zeigt, wo die Partei ihre Hochburgen hat bzw. wo sie sehr schwache Ergebnisse erzielt. Auch hier wurde der Ranglistendurchschnitt der Bundestagswahlen von 1987, 1990 und 1994 ermittelt.



Auf Rang 1 lag der Bezirk Styrum, in dem die CDU bei allen drei Wahlen das beste Ergebnis erzielte. Es folgten Sterkrade-Mitte und Königshardt. Der Wahlbezirk Rothebusch lag in der Spitzengruppe und teilte sich den fünften Platz mit dem Wahlbezirk Sterkrade-Nord. In den achtziger Jahren erzielte die CDU im Bezirk Rothebusch damit konstant überdurchschnittliche Ergebnisse, wofür der hohe Katholikenanteil mit ein Grund gewesen sein könnte.

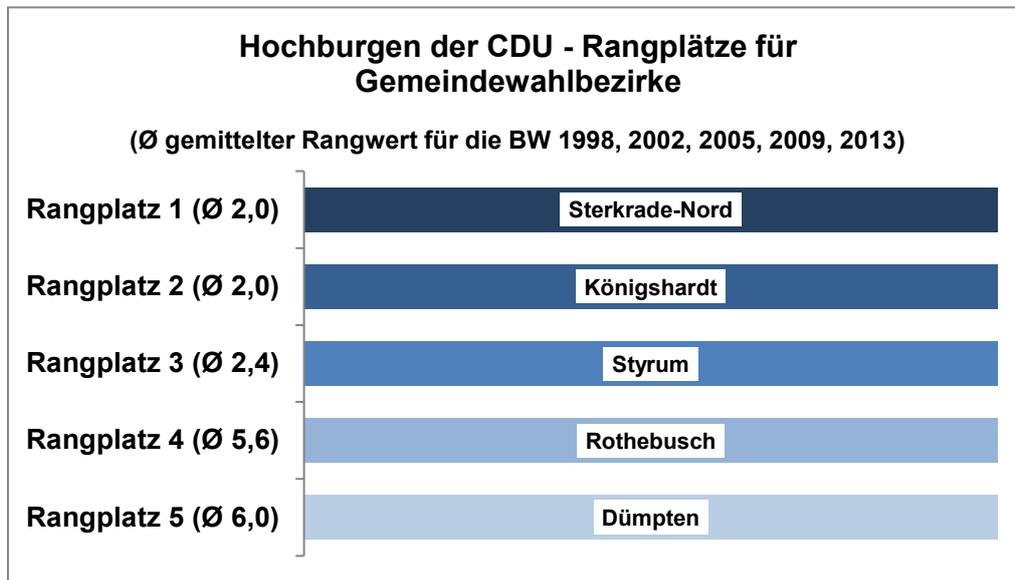
Stimmenentwicklung in den Wahlbezirken mit hohem Katholikenanteil

Der Katholikenanteil ging in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Oberhausen stark, im Wahlbezirk Rothebusch überproportional stark zurück. In Osterfeld-Ost schrumpfte der Anteil im gleichen Zeitraum um 19 Prozentpunkte auf 44,8 Prozent. Damit sollte es für die Partei schwieriger geworden sein, ihre sehr guten Wahlergebnisse dort zu halten. Die Auswertung der Bundestagswahlen von 1998 bis 2013 bestätigt die Vermutung.

Einen etwas geschrumpften Vorsprung kann die CDU in Rothebusch bis 2009 vor der Gesamt-CDU halten, beim Wahlgang 2013 reichte es nur noch zu einem leicht überdurchschnittlichen Ergebnis.

Bundestagswahl	Rothebusch Stimmenanteil der CDU	Oberhausen Stimmenanteil der CDU	Differenz in Prozentpunkten
1998	26,5%	23,0%	+3,5
2002	26,1%	23,9%	+2,2
2005	25,0%	22,9%	+2,1
2009	26,4%	24,1%	+2,3
2013	30,4%	29,6%	+0,8

Bei den gemittelten Ranglistenwerten von 1998 bis 2013 erreicht der Bezirk Rothebusch noch den guten Platz 4. In der CDU-Ranglistentabelle nur für die Bundestagswahl 2013 fiel Rothebusch jedoch auf Rang 8 ab.



4.3 Ergebnis

Ausgangspunkt war die Feststellung, dass soziale Milieus Einfluss auf die individuellen Wahlentscheidungen nehmen können. Die Arbeiterschaft wurde als ein die SPD tragendes Milieu beschrieben, bei den Katholiken wird eine starke Präferenz für die Union beobachtet. Beide Milieus verlieren seit vielen Jahren an Bedeutung.

Der Wahlbezirk Lirich-Nord wurde lange von einem hohen Arbeiteranteil geprägt. Gleichzeitig konnte die SPD hier sehr gute Ergebnisse erzielen. Heute hat sich die Bevölkerungsstruktur infolge des Rückgangs der Arbeiterschaft verändert, was auch mit weniger guten Wahlergebnissen für die SPD einherging. Trotzdem ist Lirich-Nord eine SPD-Hochburg geblieben.

In großen Teilen Osterfelds war die Mehrzahl der Menschen der katholischen Religion zugehörig, das traf vor allem für den Wahlbezirk Rothebusch zu. Folgerichtig war die CDU vor dreißig Jahren hier besonders erfolgreich. Im Jahr 2015 ist der Katholikenanteil im Gesamtstadtvergleich noch immer überdurchschnittlich, doch ist die Dominanz verloren gegangen. Die CDU im Wahlbezirk Rothebusch konnte zunächst sich mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen behaupten, der Wahlbezirk gehörte jedoch beim Wahlgang 2013 nicht mehr zu den CDU-Hochburgen.

Anmerkungen:

- 1) Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in Nordrhein-Westfalen, S.202, 2015.
- 2) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik: 40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen, S. 103, 1987.
- 3) Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in Nordrhein-Westfalen, S.229, 2015.
- 4) Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, S.134, 2016.

5 Parteienentwicklung in den Stadtteilen bei den Kommunalwahlen

5.1 Parteihochburgen von SPD und CDU zwischen 1964 und 2014

Bereits bei den ersten Nachkriegswahlen haben sich in Oberhausen Partei-Hochburgen herausgebildet. Wie ihre Entstehung erklärt werden kann und welche Veränderungen sie in den darauffolgenden fünf Jahrzehnten erfahren, ist Thema dieses Beitrages.

Auch wenn die Wählerinnen und Wähler, wie die Höhe der Wahlbeteiligung zeigt, der Kommunalwahl eine geringere Bedeutung als der Bundestags- bzw. der Landtagswahl zumessen, ist sie für die Parteibasis die zentrale Wahl. Die zu vergebenden Ratsmandate gehen an Kandidaten, die von der Parteibasis bestimmt werden und die aus ihren Reihen stammen.

Bei der Kommunalwahl 1952 wurde auch auf kommunaler Ebene ein gemischtes System aus Mehrheits- und Verhältniswahl in NRW eingeführt. Seitdem können Kandidaten bzw. Kandidatinnen, die in ihrem Wahlbezirken die meisten Stimmen erhalten, direkt in den Rat einziehen.

Die Direktkandidaten stammen aus dem örtlichen Umfeld und entscheiden später als gewähltes Ratsmitglied über die politischen Anliegen des Ortsteils und der Kommune. Über die Aufstellung des Direktkandidaten entscheiden die örtlichen Parteimitglieder, deren Engagement im Wahlkampf zudem hohen Einfluss auf den Erfolg des Direktkandidaten hat.

Mit der Wahl eines Direktkandidaten entsteht im Wahlkreis unter den konkurrierenden Parteien in der Regel ein intensiver Wahlkampf. Einen Direktkandidaten „durchzubringen“ oder einen Wahlkreis neu „zu erobern“, ist für jede Partei von immenser Bedeutung. Gelingt es sogar, sich in einen Wahlbezirk dauerhaft und mit großem Vorsprung zu behaupten, spricht man von einer Hochburg.

Dieser Beitrag betrachtet die Parteienentwicklung von SPD und CDU in den Stadtteilen bei den Kommunalwahlen und berücksichtigt damit das besondere Interesse der Oberhausener Lokalpolitik.

5.2 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 1964

SPD

In den fünfziger Jahren hatte sich schnell eine klare Struktur für Partei-Hochburgen herausgebildet. Die SPD als dominierende Partei in Oberhausen fand ihre Wählerschaft in starkem Maße einerseits westlich der Stadtmitte in Lirich und Alstaden und andererseits östlich der Stadtmitte in Borbeck und Bermensfeld. Im Stadtbezirk Osterfeld war die SPD besonders in Klosterhardt die stärkste politische Kraft.

Bei der Revision der Grenzen der Wahlbezirke und der Statistischen Bezirke im Jahre 1961 wurde eine Identität beider Gebietseinheiten angestrebt und umgesetzt. Damit lassen sich Wahlergebnisse und Berufsstruktur in einmaliger Weise (die Grenzen der Wahlbezirke wurden wenig später wieder geändert) zusammenführen.

Die SPD lag besonders in den Stadtgebieten vorne, in denen der Arbeiteranteil unter den dort wohnenden Beschäftigten besonders groß war. Die Arbeiter wohnten meist in der Nähe der großen Industriebetriebe von Kohle und Stahl.

Wahlbezirk=Statistischer Bezirk	SPD-Stimmenanteil Kommunalwahl 1964	Arbeiteranteil Volkszählung 1961
04 Borbeck	63,1%	75,1%
05 Bermensfeld	66,5%	75,9%
09 Alstaden-Ost	61,6%	65,7%
10 Alstaden-West	62,4%	67,4%
11 Lirich-Süd	64,9%	75,8%
12 Lirich-Nord	59,2%	74,7%
24 Klosterhardt-Nord	72,7%	86,1%
Oberhausen	54,8%	64,5%

Im Westen der Stadt auf Liricher Gebiet lag Oberhausens leistungsfähigste Zeche, die Zeche Condordia Bergbau AG, südwestlicher in Alstaden die gleichnamige Zeche Alstaden. Da die Arbeitswege nicht lang sein durften (man ging laut Volkszählung 1961 überwiegend zu Fuß oder fuhr Rad), befanden sich die Wohnungen der Bergleute möglichst nahe am Zechenbetrieb. Dies belegen auch die Pendlerzahlen der Volkszählung 1961 (Statistisches Jahrbuch der Stadt Oberhausen 1961). Als Faustformel gilt, dass ca. die Hälfte der Belegschaft der genannten Zechen in Lirich und Alstaden wohnhaft war.

Die SPD-Hochburgen östlich der Innenstadt, Bermensfeld und Borbeck, waren gleichzeitig wichtige Wohngebiete für die Stahlarbeiter des Oberhausener Hüttenwerks HOAG. Auch hier gilt, dass nach dem Volkszählungsergebnis ungefähr die Hälfte der Stahlarbeiter in unmittelbarer Nachbarschaft zur Hütte lebte.

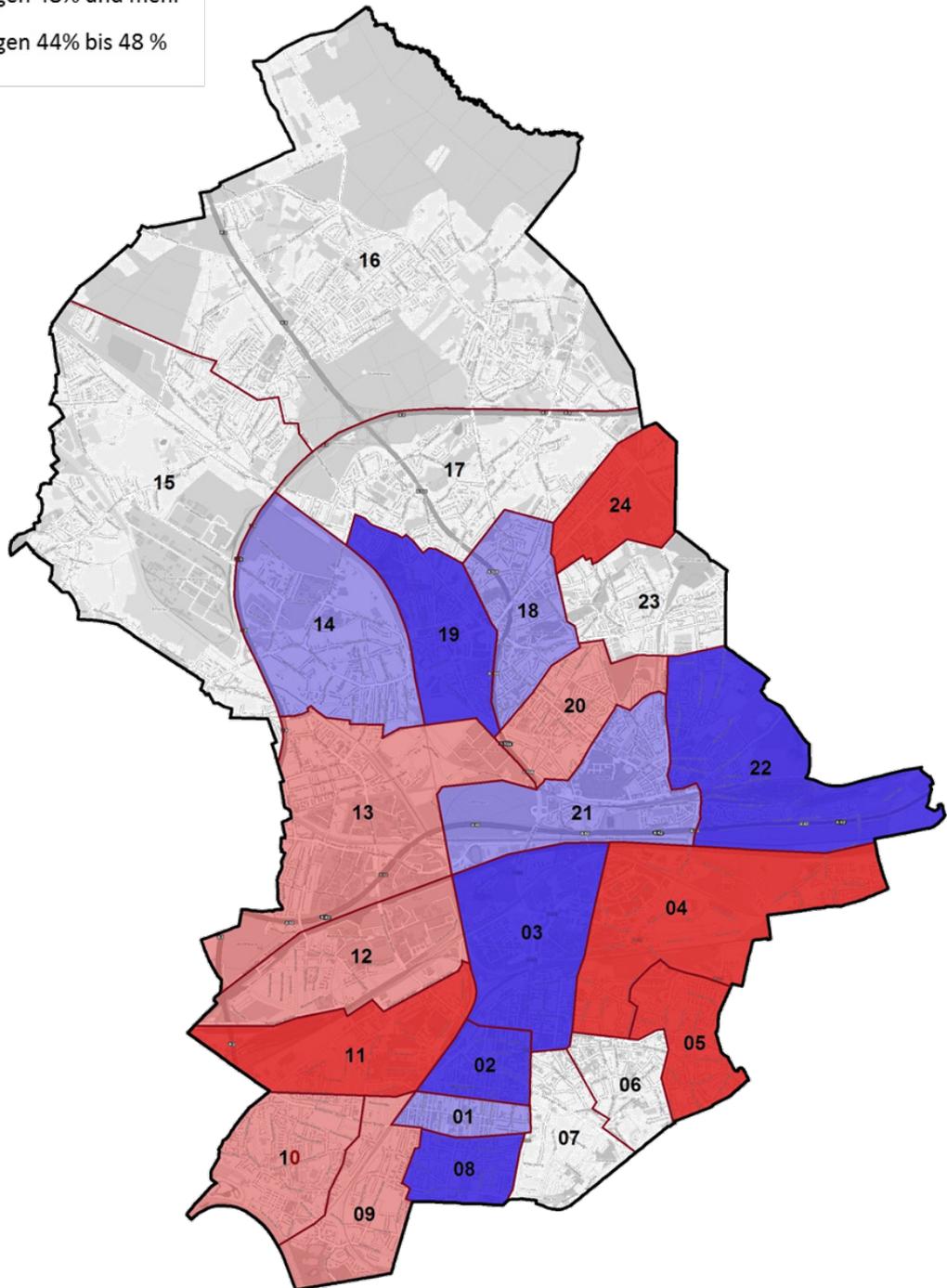
In Klosterhardt wurde mit der Zeche Jacobi eine dritte Zeche auf dem Oberhausener Stadtgebiet betrieben. Der Anteil der Arbeiter unter den Beschäftigten war in Klosterhardt besonders hoch, gleichzeitig erhielt die SPD hier ihr bestes Ergebnis in der Stadt. Bei der Zeche Osterfeld war der Zusammenhang zwischen SPD-Präferenz und Beschäftigten im Bergbau nicht so offensichtlich. Hier gab es Pendlerbeziehungen auch zu entfernteren Bezirken.

Vollständigkeitshalber ist zu erwähnen, dass in den bergmännisch geprägten Gebieten die KPD um 1950 herum ihre höchsten Stimmenanteile erzielt hatte (Alstaden und Klosterhardt), die später der SPD zufielen. In den Wahlbezirken der Stahlarbeiter hatte die KPD nur eine durchschnittliche Rolle gespielt.

Kommunalwahl 1964: Hochburgen von SPD und CDU (Wahlbezirke)

- SPD-Hochburgen 63% und mehr
- SPD-Hochburgen 58% bis 63 %
- CDU-Hochburgen 48% und mehr
- CDU-Hochburgen 44% bis 48 %

- 01 Altstadt-Süd
- 02 Altstadt-Mitte
- 03 Marienkirche
- 04 Borbeck
- 05 Bermensfeld
- 06 Schlad
- 07 Dümpten
- 08 Styrum
- 09 Alstaden-Ost
- 10 Alstaden-West
- 11 Lirich-Süd
- 12 Lirich-Nord
- 13 Buschhausen
- 14 Schwarze Heide
- 15 Holten
- 16 Sterkrade-Nord
- 17 Alsfeld
- 18 Tackenberg
- 19 Sterkrade-Mitte
- 20 Heide
- 21 Osterfeld-West
- 22 Osterfeld-Ost
- 23 Klosterhardt-Süd
- 24 Klosterhardt-Nord



CDU

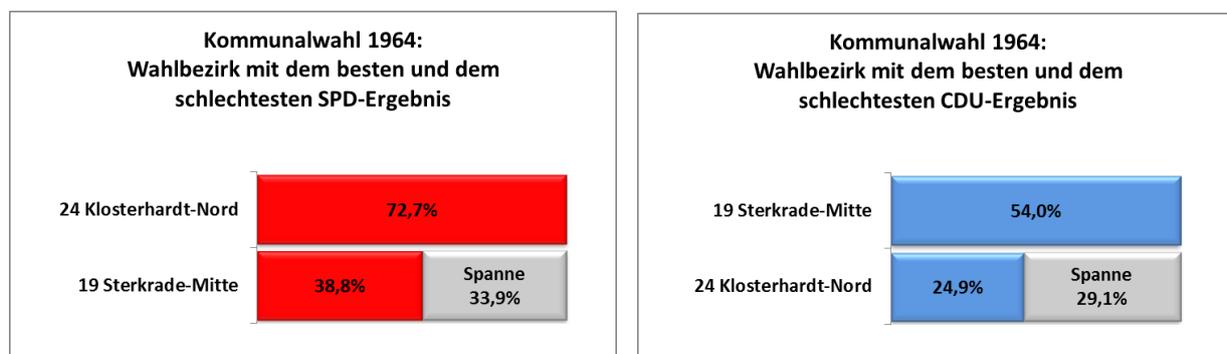
Die CDU als der große Konkurrent der SPD dominierte dagegen im Stadtzentrum und in den Geschäftszentren von Sterkrade- und Osterfeld-Mitte.

Wahlbezirk=Statistischer Bezirk	CDU-Stimmenanteil (Kommunalwahl 1964)	Selbständigen- und Beamtenanteil (Volkszählung 1961)
01 Altstadt-Süd	44,3%	19,6%
02 Altstadt-Mitte	48,4%	22,2%
03 Marienkirche	53,9%	13,8%
08 Styrum	49,0%	16,8%
19 Sterkrade-Mitte	54,0%	17,4%
22 Osterfeld-Ost	49,1%	15,9%
Oberhausen	40,9%	11,1%

Die Innenstädte waren nicht nur Behördenstandorte und Zentren für Einzelhandel und Dienstleistungen, die Beamten und die Inhaber der Einzelhandelsgeschäfte wohnten in der Regel auch dort. Auf diese Mittelschicht konnte sich die CDU stützen, Stimmenmehrheiten waren für sie hier in den fünfziger Jahren üblich.

Der CDU fielen im Verlauf der fünfziger Jahre viele Stimmen des Zentrums zu, das seine besten Ergebnisse in den damals katholisch geprägten Wahlbezirken Alsfeld und Tackenberg bzw. in Osterfeld West und Ost erzielt hatte.

Obwohl die CDU gesamtstädtisch immer deutlich hinter dem Ergebnis der SPD zurück blieb, gelang es ihr stets, mehrere Ratsmandate direkt zu gewinnen (1952=7; 1956=4; 1961=9; 1964=5). Das war möglich, weil die Ergebnisse von SPD und CDU stark streuten. Die Spanne zwischen dem besten und dem schlechtesten SPD-Bezirk betrug 1964 33,9 Prozentpunkte, bei der CDU waren es 29,1 Prozentpunkte. Damit lag die CDU in ihren Hochburgen meist vor der SPD und damit fielen ihr diese Direktmandate zu.



5.3 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 1984

SPD

Nach den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs folgten in Oberhausen mit der Schließung der Zeche Concordia 1968 die Jahre des Niedergangs der Kohle- und Stahlindustrie. Zechen wurden geschlossen, das Hüttenwerk verlor seine Selbstständigkeit und wurde nach und nach stillgelegt. Die Arbeitslosigkeit wuchs stark an. Ein mühsamer Strukturwandel begann weg von den industriellen Großbetrieben hin zu kleinen und mittelgroßen Betrieben und zur Dienstleistungswirtschaft.

Zwischen 1964 und 1987 ist der Arbeiteranteil an den Beschäftigten in Oberhausen insgesamt unter 40 Prozent gesunken. Dieser Rückgang erfolgte auch in den Hochburgen der SPD von 1964. Ohne die Bergleute der Zechen Concordia und Alstaden und ohne die Stahlarbeiter der HOAG gelang es der SPD trotzdem, ihren Stimmenanteil sowohl im Westen (Lirich und Alstaden) als auch im Osten (Borbeck und Bermensfeld) und auch in Klosterhardt-Nord zu halten oder sogar leicht zu erhöhen.

Wahlbezirk	Statistischer Bezirk	SPD-Stimmenanteil (Kommunalwahl 1984)	Arbeiteranteil (Volkszählung 1987)
04 Borbeck	04 Borbeck	68,7%	47,8%
06 Bermensfeld-Vennepoth	05 Bermensfeld	63,4%	42,5%
12 Alstaden-Nord/Lirich-Süd	11 Lirich-Süd	66,1%	46,4%
13 Lirich-Ost	11 Alstaden-West	66,2%	38,8%
11 Alstaden-West	24 Klosterhardt-Nord	64,6%	51,9%
25 Klosterhardt-Nord		72,9%	
Oberhausen		59,3%	39,8%

Noch immer zeichneten sich die SPD-Hochburgen durch überdurchschnittliche Arbeiteranteile aus, es wird aber deutlich, dass der hohe Zuspruch für die SPD auch aus anderen Wählergruppen gespeist wurde.

Insgesamt konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil stadtweit zwischen 1964 und 1984 um 4,5 Prozentpunkte erhöhen. Der Zuwachs ist besonders auf das gute Abschneiden der ehemals schwächeren SPD-Wahlbezirke zurückzuführen, doch einzig in Schmachtendorf deutet sich das Entstehen einer neuen SPD-Hochburg an.

Seit den siebziger Jahren fanden zunehmend mehr Menschen keine Arbeit. Mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987 konnten die Menschen, die von Arbeitslosengeld oder-hilfe lebten, den Statistischen Bezirken zugeordnet werden.

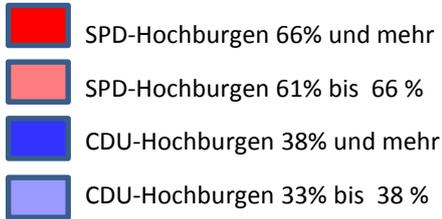
Gesamtstädtisch waren 5,3% der Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren auf diese Hilfe angewiesen. Besonders viele arbeitslose Menschen lebten in der Oberhausener Innenstadt (Statistischer Bezirk Altstadt-Süd), 8,3% erhielten hier Arbeitslosengeld oder-hilfe, es folgte Osterfeld-West mit 7,7%. In beiden Bezirken konnten sich keine SPD-Hochburgen entwickeln.

CDU

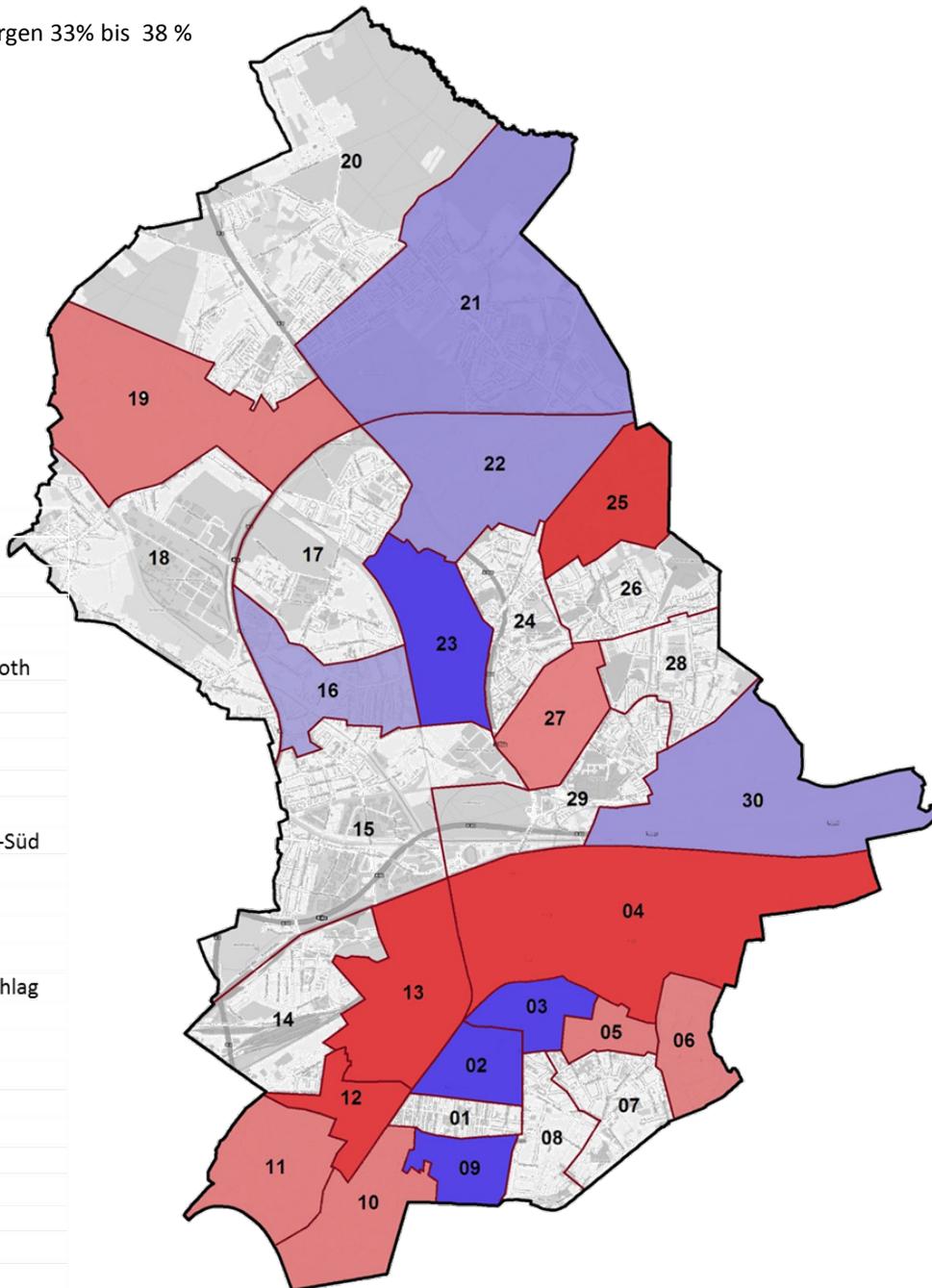
Die Entwicklung der CDU verlief zwischen 1964 und 1984 weniger günstig, sie verlor 10 Prozentpunkte und fiel auf 31,1 Prozent zurück. Die Schwäche der CDU kann nicht mit der veränderten Beschäftigtenstruktur erklärt werden. So ist der Selbständigenanteil an der Beschäftigung bis 1984 konstant geblieben und der Beamtenanteil sogar deutlich gestiegen, während der Arbeiteranteil erheblich sank.

Wahlbezirk	Statistischer Bezirk	CDU-Stimmenanteil (Kommunalwahl 1984)	Selbständigen- und Beamtenanteil (Volkszählung 1987)
02 Altstadt-Mitte		38,3%	
	02 Altstadt-Mitte		18,0%
03 Marienkirche		39,9%	
	03 Marienkirche		17,2%
09 Styrum		43,9%	
	08 Styrum		19,7%
23 Sterkrade-Mitte		38,6%	
	19 Sterkrade-Mitte		15,7%
30 Osterfeld-Ost		33,5%	
	30 Osterfeld-Ost		16,0%
Oberhausen		31,1%	14,9%

Kommunalwahl 1984: Hochburgen von SPD und CDU (Wahlbezirke)

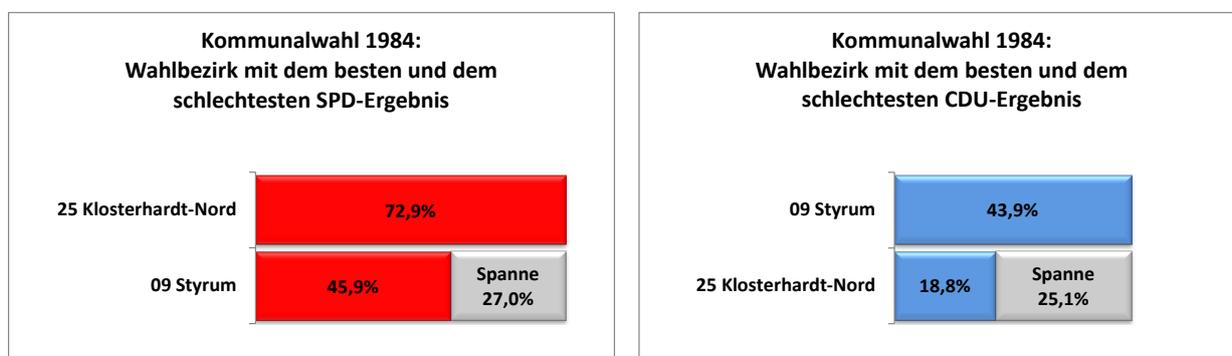


- 01 Stadtmitte-Süd
- 02 Stadtmitte-Mitte
- 03 Marienkirche
- 04 Borbeck
- 05 Uhlandpark
- 06 Bermensfeld-Vennepoth
- 07 Schlad
- 08 Dümpten
- 09 Styrum
- 10 Alstaden-Ost
- 11 Alstaden-West
- 12 Alstaden-Nord/Lirich-Süd
- 13 Lirich-Ost
- 14 Lirich-West
- 15 Buschhausen
- 16 Schwarze Heide
- 17 Weierheide-Dunkelschlag
- 18 Holten
- 19 Schmachtdorf
- 20 Sterkrade-Nord
- 21 Königshardt
- 22 Alsbachtal
- 23 Sterkrade-Mitte
- 24 Tackenberg
- 25 Klosterhardt-Nord
- 26 Klosterhardt-Süd
- 27 Osterfeld-Heide
- 28 Rothebusch
- 29 Osterfeld-West
- 30 Osterfeld-Ost



Zwar blieben die Wahlbezirke mit hohem Selbständigen- und Beamtenanteil auch 1984 für die CDU am wichtigsten, doch verlor sie auch dort erhebliche Prozentanteile und fiel ausnahmslos hinter die der SPD zurück. Es deutete sich an, dass die räumliche Lage der CDU-Hochburgen sich in die nördlichen Wahlbezirke Alsbachtal und Königshardt verschoben hatte.

Bei der Kommunalwahl 1984 haben sich die Abstände zwischen den Wahlbezirken mit dem schlechtesten und besten Parteiergebnis sowohl bei der SPD als bei der CDU verringert. Das schlechteste Ergebnis erzielte die SPD im Wahlbezirk Styrum, dieser lag 27 Prozentpunkte hinter dem Spitzenreiter Klosterhardt-Nord zurück. Die CDU konnte erstmals kein Direktmandat erringen. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie im Wahlbezirk Styrum mit 43,9 Prozent, dort schaffte die SPD bessere 45,9 Prozent.

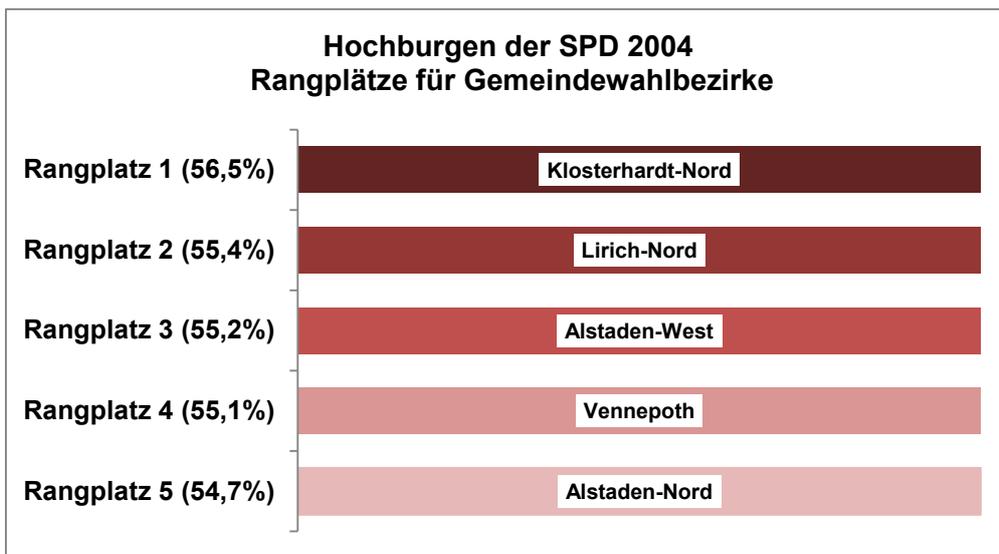


5.4 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 2004

Von 1984 bis zum Jahr 2004 veränderte sich die Stadt Oberhausen grundlegend. Die letzten Reste der Montanindustrie waren verschwunden, mit dem Maschinen- und Anlagenbauer Babcock Borsig hatte ein weiterer Großbetrieb wegen Insolvenz seine Pforten geschlossen. Im gleichen Zeitraum wurde ein wirtschaftliches Großprojekt erfolgreich fertiggestellt. Ein Einkaufszentrum nebst Freizeit- und Business-Park mit dem Namen CentrO öffnete auf einem Teil des ehemaligen HOAG-Geländes und bot über 5.000 Menschen Arbeit. Die CentrO-Ansiedlung hatte auch Auswirkungen auf die drei Stadtteilzentren. Dort ging zwischen 1995 und 2005 eine Vielzahl an Arbeitsplätzen und Betrieben verloren (Beiträge zur Stadtentwicklung Nr. 92).

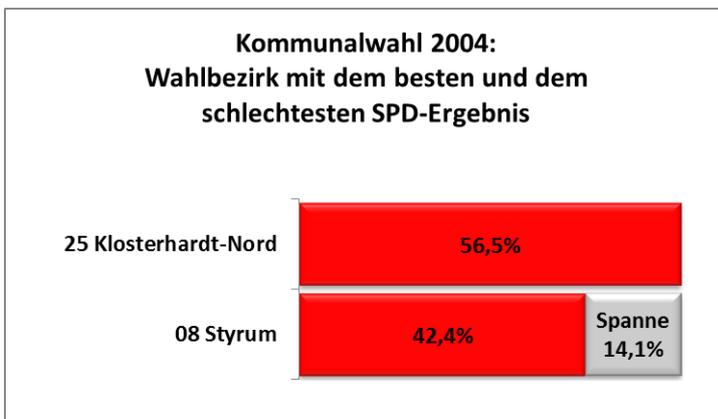
SPD

Trotz dieser gravierenden wirtschaftlichen Umbrüche veränderte sich die Lage der SPD-Hochburgen nicht. Dort, wo Bergleute und Stahlarbeiter vor zwei Generationen die SPD zur stärksten politischen Kraft gemacht hatten, wählten auch 2004 die Wähler/innen überdurchschnittlich oft sozialdemokratisch. Trotzdem scheint die Prägung der Wählerschaft durch Bergleute und Stahlarbeiter nachgelassen zu haben, denn die Hochburgen hatten, verglichen mit 1984, an politischer Dominanz verloren.



Klosterhardt-Nord, seit Bestehen der Bundesrepublik bester SPD-Bezirk, hat seinen Rangplatz 1 auch 2004 behalten, lag aber nur noch 6 Prozentpunkte (statt 13,6 Prozentpunkte im Jahr 1984) über dem Stadtdurchschnitt. Die Spanne zum Wahlbezirk mit dem schlechtesten SPD-Ergebnis (Styrum) hatte sich fast halbiert.

Selbst in ihrem schwächsten Wahlbezirk Styrum war die SPD erfolgreicher als die CDU, damit fielen ihr alle Direktmandate zu. Ungünstiger waren die Wahlergebnisse dort, wo sie in früheren Jahren ihre Topresultate erzielt hatte.

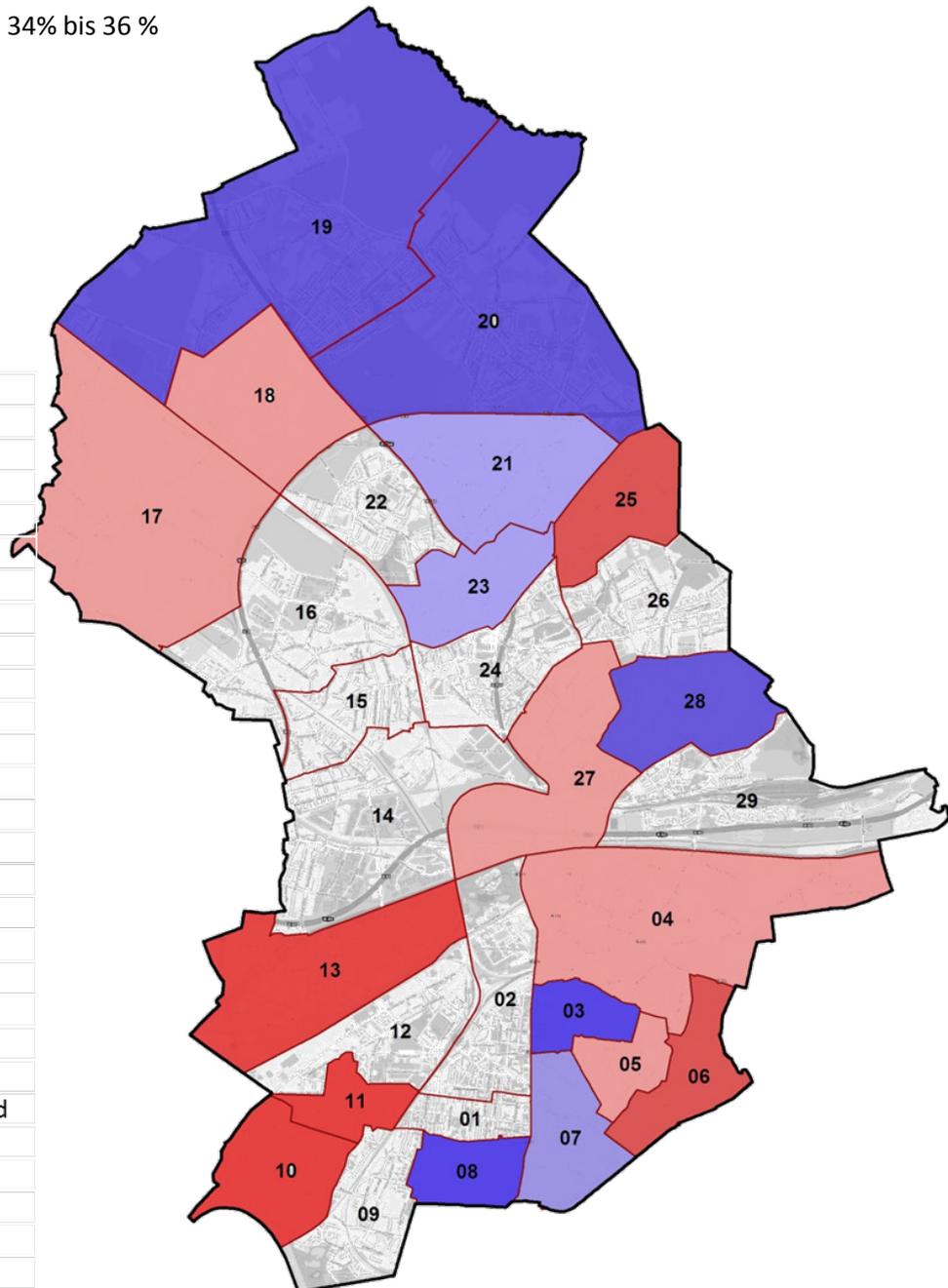


Mit einem gesamtstädtischen Anteil von 50,4% der gültigen Stimmen und dem Gewinn aller Direktmandate war die SPD weiterhin gut aufgestellt.

Kommunalwahl 2004: Hochburgen von SPD und CDU (Wahlbezirke)

- SPD-Hochburgen 55% und mehr
- SPD-Hochburgen 54% bis 55 %
- CDU-Hochburgen 36% und mehr
- CDU-Hochburgen 34% bis 36 %

01 Stadtmitte-Süd
02 Stadtmitte-Nord
03 Brücktor
04 Borbeck
05 Schlad
06 Vennepoth
07 Dümpten
08 Styrum
09 Alstaden-Ost
10 Alstaden-West
11 Alstaden-Nord
12 Lirich-Süd
13 Lirich-Nord
14 Buschhausen
15 Schwarze Heide
16 Weierheide
17 Holten
18 Schmachtdorf
19 Sterkrade-Nord
20 Königshardt
21 Sterkrader Heide
22 Alsfeld
23 Sterkrade-Mitte-Nord
24 Sterkrade-Mitte-Süd
25 Klosterhardt-Nord
26 Klosterhardt-Süd
27 Osterfeld-Heide
28 Rothebusch
29 Osterfeld-Mitte



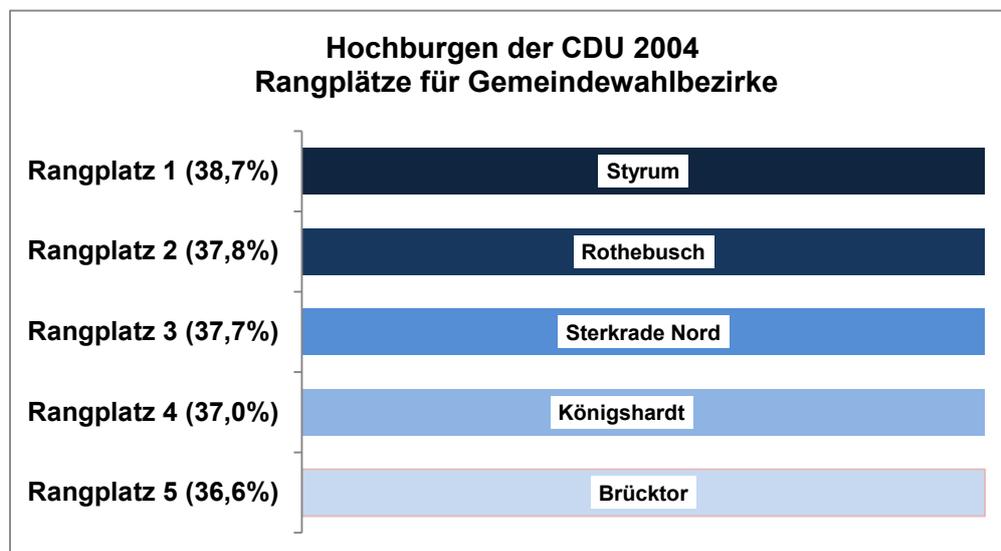
11,2 Prozent der Oberhausener zwischen 18 und 65 Jahren bezogen 2005 Unterstützung nach SGB II oder III. Besonders viele von ihnen wohnten in oder nahe der Innenstadt (Statistische Bezirke Altstadt-Süd, Altstadt-Nord und Lirich-Süd). Hier lagen ihre Anteile über 17 Prozent. In diesen sozialstrukturell schwierigen Vierteln konnte sich die SPD nur mühsam vor der CDU behaupten.

Wahlbezirk (Statistischer Bezirk)	SPD-Anteil an den gültigen Stimmen Kommunalwahl 2004	Anteil Arbeitsloser an der 18 bis unter 65jährigen Bevölkerung 2005
Stadtmitte-Süd (Altstadt-Süd)	43,9 %	17,8 %
Stadtmitte-Nord (Altstadt-Mitte)	42,9 %	17,4 %
Lirich-Süd (Lirich-Süd)	51,5 %	17,1 %
Oberhausen	50,4 %	11,2 %

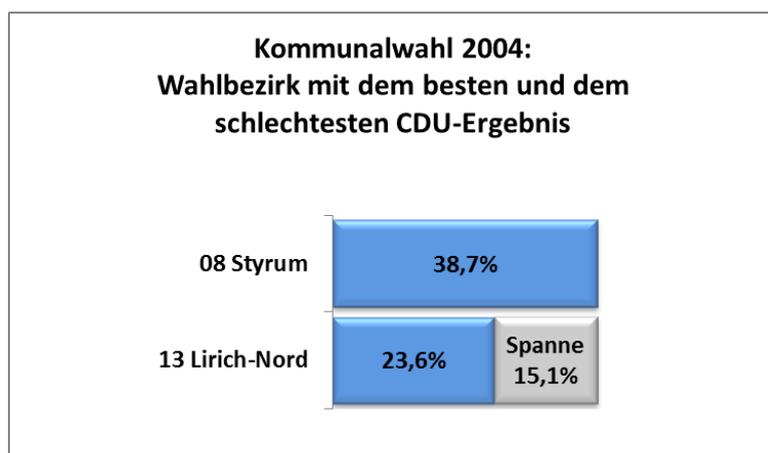
CDU

Ihre politische Schwäche aus der Zeit um 1984 konnte die CDU bis 2004 nicht ausgleichen, mit 32 Prozent der gültigen Stimmen lag sie nur minimal über dem Ergebnis von 1984. Die Stadtmitte in Alt-Oberhausen als Partei-Hochburg war für die CDU 2004 verloren, das gleiche gilt für die Sterkrader Innenstadt. Allenfalls an einigen Rändern konnte sie sich behaupten. So blieb der Wahlbezirk Styrum die konstante Größe bei der CDU in Alt-Oberhausen, in Osterfeld ragte der Wahlbezirk Rothebusch für die CDU heraus.

Da die Volkszählung 2011 keine kleinräumigen Ergebnisse lieferte, kann nur vermutet werden, dass die Kaufmannschaft nicht mehr in den Innenstädten wohnte, oft sogar der inhabergeführten Einzelhandel aufgegeben wurde und die CDU damit dort eine wichtige Wählergruppe verloren hatte.



Die CDU wurde in den Ortsteilen stark, in denen das Wohnen durch Einfamilienhäuser geprägt war, hohe Grundstückspreise ausgewiesen wurden und die höchsten Wohnungsmieten im Stadtgebiet gefordert wurden (Profile I/2015). Die neuen Hochburgen der CDU befanden sich im äußersten Norden der Stadt, in Königshardt und Sterkrade-Nord. In Sterkrade-Heide und Mitte-Nord gelang es, ebenfalls über dem Durchschnitt liegende Ergebnisse zu erzielen.



Beide Volksparteien waren im gesamten Stadtgebiet noch nie so ausgewogen erfolgreich wie beim Wahlgang 2004. Die Abstände zwischen dem besten und dem schlechtesten Wahlbezirk waren bei beiden Parteien zu keiner Zeit geringer.

Der CDU fehlten Wahlbezirke mit herausragenden Ergebnissen, sie konnte jedoch positiv

für sich verbuchen, dass sie sich in ihren schwachen Bezirken gegenüber den Vorwahlen behaupten konnte.

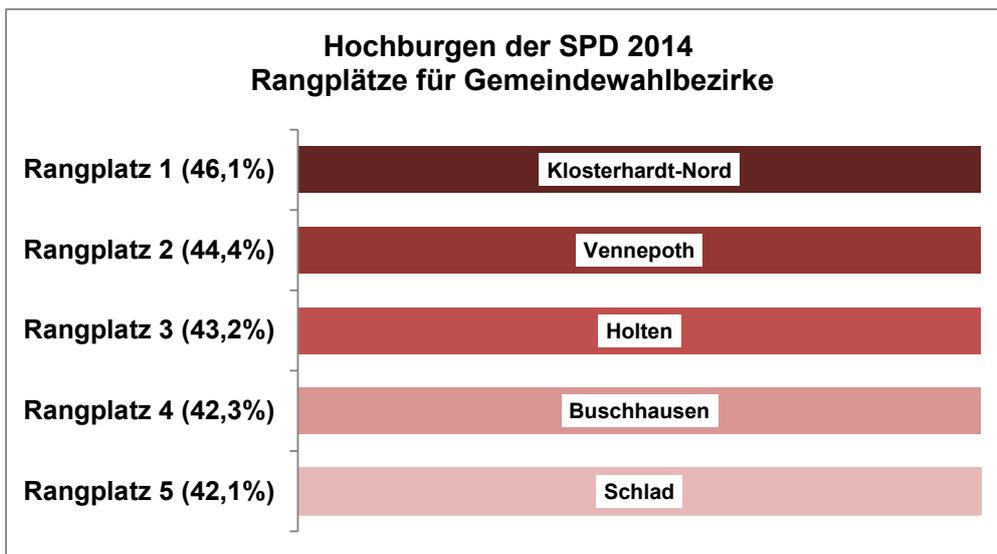
5.5 Partei-Hochburgen der Kommunalwahl 2014

Seit den achtziger Jahren verlieren die Volksparteien SPD und CDU an Gewicht. Erreichten sie 1984 zusammen einen Anteil von 90,4 Prozent der gültigen Stimmen, so langte es 2014 nur noch für 71,9 Prozent. Vier kleine Parteien konnten 2014 in den Rat einziehen: die BOB, die GRÜNEN, die LINKE und die FDP. Die Stimmenverlagerung ging vollständig zu Lasten der SPD, die stadtweit ein Ergebnis von 39,8 Prozent erzielte.

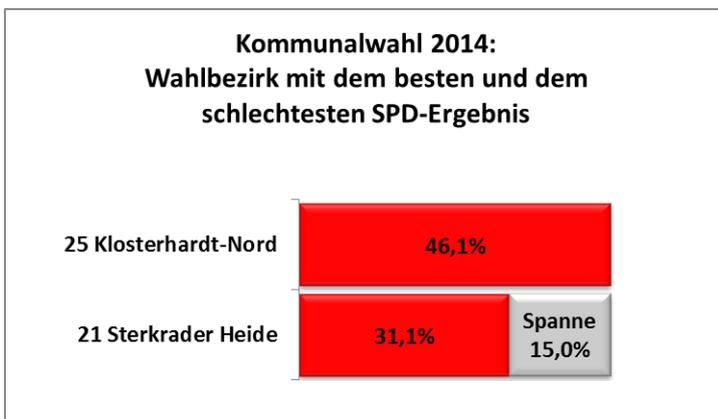
SPD

Im Wahlbezirk Klosterhardt-Nord erreichte die SPD mit 46,1% nicht mehr die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, blieb aber trotzdem, wie in den Wahljahren zuvor, der Wahlbezirk mit dem besten SPD-Ergebnis.

Die Wahlbezirke Holten und Buschhausen zählten zu den Ranglistenaufsteigern. Waren die SPD-Ergebnisse in beiden Bezirken 1984 noch mittelmäßig, zeigte sich danach eine positive und konstante Entwicklung nach ganz oben. Nach 2009 zählten sie 2014 zum zweiten Mal zu den TOP 5 der SPD-Bezirke.



In den ehemaligen Stahlarbeitervierteln im Osten Alt-Oberhausens gehörte der Wahlbezirk Borbeck nicht mehr zu den Top-Bezirken der SPD. Im Schlad und im Vennepoth konnte sich die SPD relativ gut behaupten.

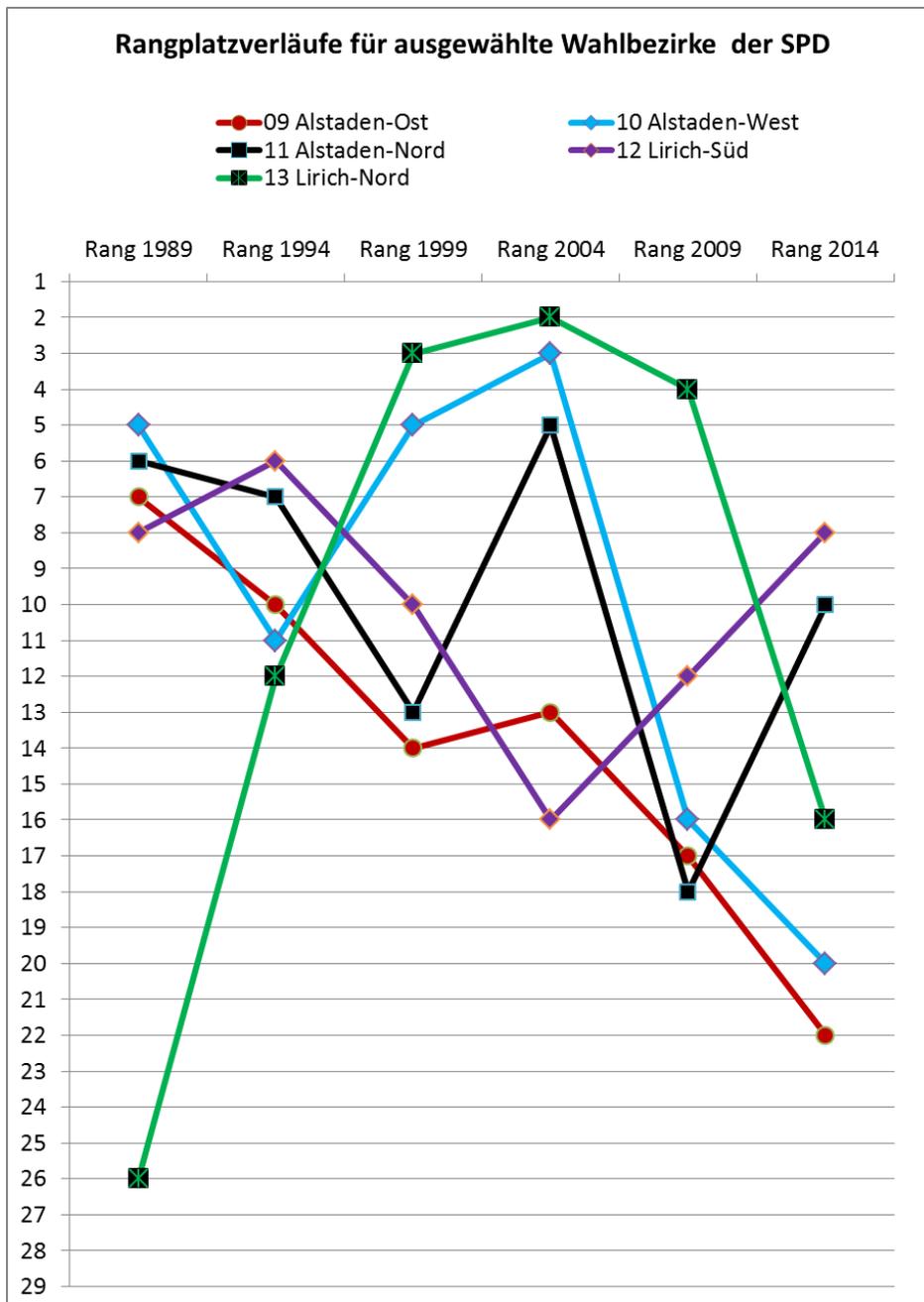


Die Spanne zwischen den Bezirken mit dem besten und dem schlechtesten Ergebnis ist mit 15 Prozent relativ klein geblieben, es gab ebenso wenig den herausragenden Wahlbezirk für die SPD wie den besonderen Problembezirk.

Auf den vorderen Plätzen der Rangliste fehlten die Liricher und Alstadener Wahlbezirke. Hier, wo in den sechziger Jahren die Bergleute politisch den Ton angegeben und die Basis für die sozialdemokratische Dominanz gebildet hatten, tat sich die SPD bei der Wahl 2014 schwer, erstmals musste sie sogar in Alstaden-Ost das Direktmandat abgeben.

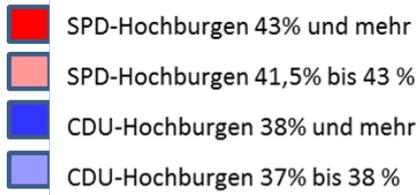
Die ehemaligen SPD-Hochburgen in Alstaden und Lirich waren ins Mittelfeld abgerutscht. Schaut man auf die Ranglistenentwicklung, zeigten besonders die Wahlbezirke Alstaden-West und Ost eine negative Entwicklung. Mit den Plätzen 20 und 22 befanden sie sich 2014 im unteren Drittel der Rangliste.

Die SPD konnte in Lirich-Nord von 1999 bis 2009 besonders gute Rang-Ergebnisse erzielen, fiel 2014 dagegen von Platz 4 auf Platz 16 ab. Schwankend, aber zuletzt wieder aufsteigend war die Ranglistenentwicklung für die Wahlbezirke Lirich-Süd und Alstaden-Nord.

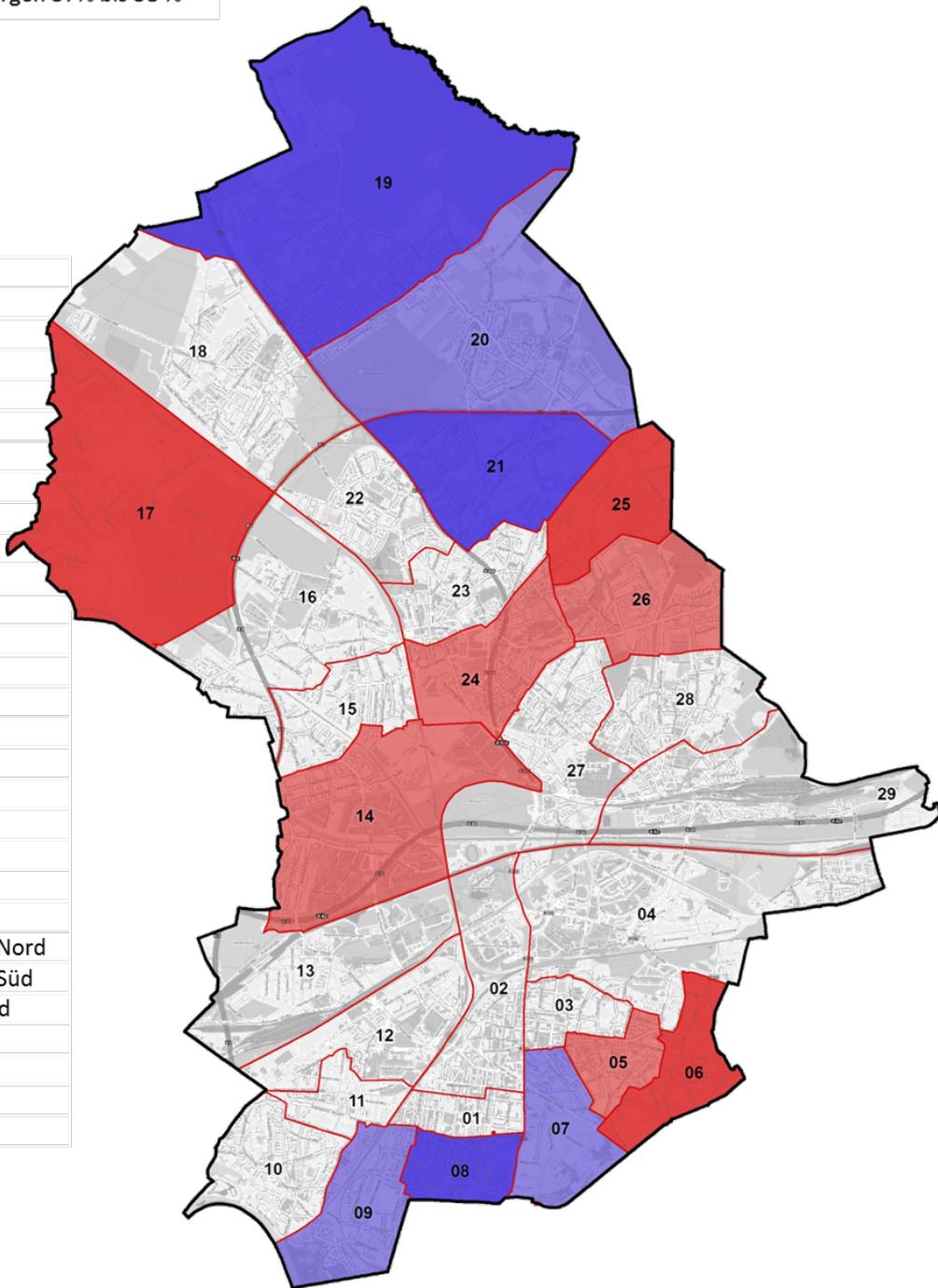


Wie schon 2004 war 2014 die Arbeitslosenproblematik im Stadtgebiet weiterhin in den Statistischen Bezirken Altstadt-Süd und Mitte sowie im benachbarten Lirich-Süd sehr hoch. Erneut gelang es der SPD nicht, hier zufriedenstellend abzuschneiden.

Kommunalwahl 2014: Hochburgen von SPD und CDU (Wahlbezirke)



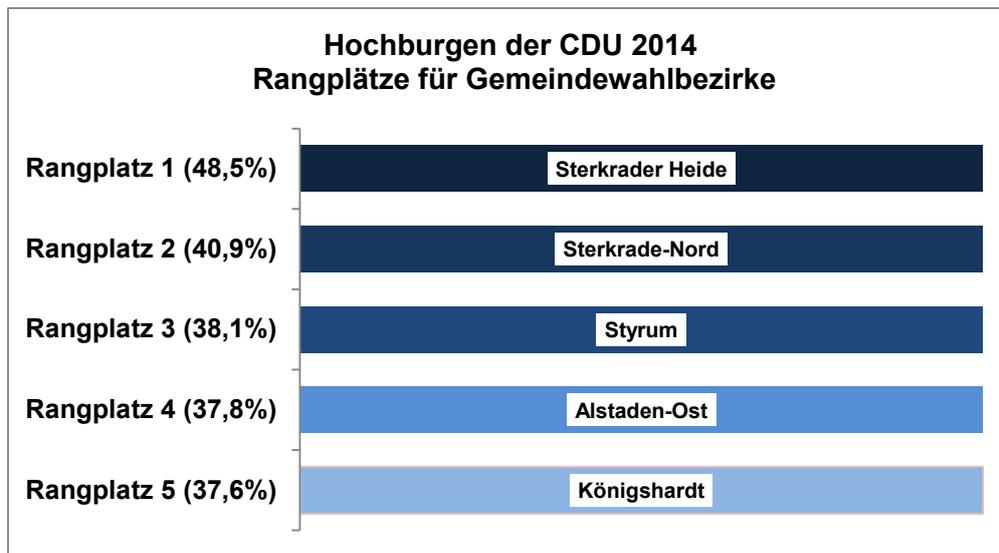
- 01 Stadtmitte-Süd
- 02 Stadtmitte-Nord
- 03 Brücktor
- 04 Borbeck
- 05 Schlad
- 06 Vennepoth
- 07 Dümpten
- 08 Styrum
- 09 Alstaden-Ost
- 10 Alstaden-West
- 11 Alstaden-Nord
- 12 Lirich-Süd
- 13 Lirich-Nord
- 14 Buschhausen
- 15 Schwarze Heide
- 16 Weierheide
- 17 Holten
- 18 Schmachtdorf
- 19 Sterkrade-Nord
- 20 Königshardt
- 21 Sterkrader Heide
- 22 Alsfeld
- 23 Sterkrade-Mitte-Nord
- 24 Sterkrade-Mitte-Süd
- 25 Klosterhardt-Nord
- 26 Klosterhardt-Süd
- 27 Osterfeld-Heide
- 28 Rothebusch
- 29 Osterfeld-Mitte



CDU

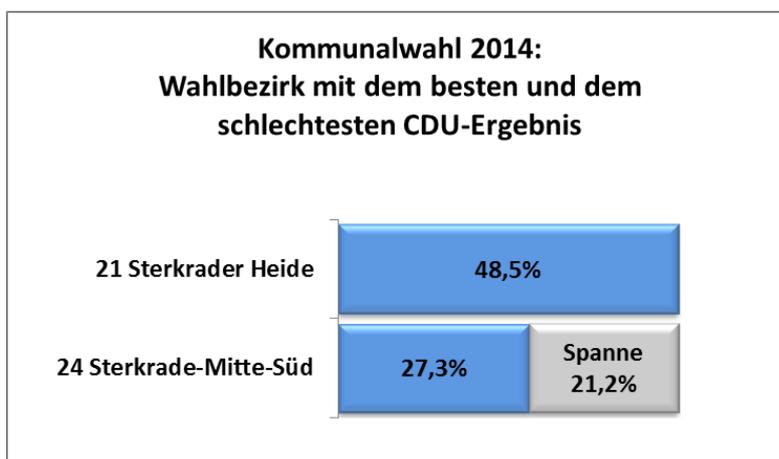
Zwischen 2004 und 2014 konnte sich die CDU gesamtstädtisch nicht entscheidend verbessern. Sie erreichte statt 32 leicht erhöhte 33 Prozent. Auffällige Veränderungen gab es jedoch auf der Ebene der Wahlbezirke.

Erstmals befand sich der Wahlbezirk Sterkrader Heide mit dem höchsten Stimmenanteil (48,5%) auf Rang 1 der CDU-Rangliste, vor Sterkrade-Nord und dem früheren Spitzenbezirk Styrum. Im Wahlbezirk Sterkrader Heide wurde wegen einer Unregelmäßigkeit eine Wiederholungswahl angesetzt, die zugunsten der CDU ausging und ihr dort ein außergewöhnlich gutes Ergebnis bescherte.



Im Wahlbezirk Sterkrader Heide holte die CDU nicht nur ihr bestes Ergebnis im Stadtgebiet, sondern rangierte auch vor dem SPD-Spitzenreiter Klosterhardt-Nord (46,1%). Das war ihr nie zuvor gelungen.

Im Süden der Stadt konnte die CDU sich erstmals in Alstaden-Ost mit einem Direktmandat durchsetzen, der Wahlbezirk rangierte auf Platz 4 der CDU-Rangliste.



Die CDU konnte erstmals seit 1979 wieder mehrere, genau 6 Direktmandate erringen: mit großem Vorsprung in Sterkrade-Heide und Nord wie in Styrum, mit knappem Vorsprung in Alstaden-Ost, Dümpten und Stadtmitte-Süd.

Die Spanne zwischen dem Wahlbezirk mit dem besten und dem schlechtesten CDU-Ergebnis war wegen des „Ausreißer-Ergebnisses“ in Sterkrade-Heide mit 21,2% größer als 2004. Die Ergebnisse der anderen Bezirke lagen dagegen relativ dicht beieinander.

5.6 Hochburgen früher – Hochburgen heute

Hochburgen früher

Die Ausgangslage der Parteien in den fünfziger Jahren zeichnete sich durch eine relativ klare räumliche Trennung der sozialen Gruppen in Oberhausen aus.

Am Rande der Stadt nahe der großen Werke und ihrer Umweltbeeinträchtigung lebte die Montanarbeiterschaft in alten oder neuen Werksiedlungen bzw. in den Kotten des 19. Jahrhunderts.

Getrennt davon bevorzugte die Mittelschicht die Innenstädte, abseits der großen Werke und abseits von Lärm und Dreck, wo man in großzügigen bürgerlichen Häusern wohnen konnte.

SPD

Im Westen der Stadt nahe der Zechen Concordia und Alstaden hatte die SPD in den fünfziger und sechziger Jahren dauerhaft hohe Zustimmungswerte. Hier wohnten viele Bergleute in Wohngebieten, die eingezwängt waren von zahlreichen Schachtanlagen und ihrem Gleisnetz. Wer hier wohnte, war besonders hohen Luft- und Lärmbelastungen ausgesetzt.

Auf der anderen Seite der Innenstadt, im Osten, gab es keine Zechen, hier beherrschte das Hüttenwerk HOAG das Stadtgebiet. An den Werkstoren forcierte das Werk in den fünfziger Jahren den Siedlungsbau, um den Stahlarbeitern Wohnmöglichkeiten in Werksnähe zu bieten. Auch hier entstanden Viertel, deren Bewohner/innen bevorzugt der SPD ihre Stimme gaben.

Im Umfeld der Zeche Jacobi im Norden Osterfelds, westlich und östlich der Dorstener Straße, entstand nach dem Zweiten Weltkrieg ein völlig neues Wohngebiet für die Bergleute der Zeche Jacobi, in unmittelbarer Nähe lag auch der Schacht IV der Zeche Osterfeld. Hier entstand sehr früh „die“ SPD-Hochburg in Oberhausen. Mehrmals kam die SPD hier über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die beiden bekanntesten Arbeitersiedlungen in Oberhausen, Eisenheim und Stemmersberg, befanden sich im nahen Umfeld der Zeche Osterfeld. Viele ihre Bewohner waren dort als Bergleute beschäftigt, auch sie wählten bevorzugt SPD.

CDU

Die urbane Innenstadt Alt-Oberhausens bildete in den fünfziger Jahren das Verwaltungs-, Kultur-, Freizeit- und Bildungszentrum der Stadt. Hier boten sich Wohnmöglichkeiten für Menschen, die ohne allzu starke Beeinträchtigungen durch die Schwerindustrie leben wollten. Besonders in Rathausnähe und nördlich davon bis zur Marienkirche waren zahlreiche bürgerliche Stadtvillen und kleine städtische Parks entstanden. Im Wahlbezirk Marienviertel

erreichte die CDU in den ersten zwei Jahrzehnten nach Kriegsende ihre herausragenden Ergebnisse (z.B. 1956 54% der gültigen Stimmen).

Ganz ähnlich lässt sich die Situation in der Sterkrader Innenstadt beschreiben. Bis zur Eingemeindung 1929 hatte sich ein vollständiges urbanes Zentrum herausgebildet mit den besonders bevorzugten Wohnlagen im nördlichen Bereich bis zum Volkspark. Auch hier lag die CDU weit vor der SPD und konnte 1964 ebenfalls 54 Prozent der gültigen Stimmen für sich verbuchen.

In Osterfeld, seit 1921 mit Stadtrechten ausgestattet und ebenfalls 1929 eingemeindet, hatte sich auch eine Innenstadt um das Rathaus und die Stadtkirche herausgebildet, nebst Schulen, Krankenhaus und zwei Bahnhöfen. Hier entstanden vornehme Wohnbereiche unmittelbar am Osterfelder Stadtwald, heute Revierpark Vonderort. Die Bewohner/innen dieser hochwertigen Wohnlage wählten überwiegend CDU.

Hochburgen heute

Die Schwerindustrie mit ihren umweltbelastenden Lärm- und Schadstoffemissionen ist Vergangenheit. Auf den Flächen der alten Montanindustrie sind Einkaufszentren oder aufgelockerte Wohngebiete in Einfamilienhausbauweise entstanden. Neben einigen Gewerbegebieten gibt es dort jetzt auch Landschaftsparks inklusive Golfplatz. Orte, die früher wegen ihrer Nähe zu den Betriebsanlagen den Arbeitern vorbehalten waren, sind heute auch für Gutverdienende attraktiv.

Umgekehrt verloren die Innenstädte ihre Anziehungskraft, weil lange keine ausreichenden Investitionen in den Wohnungsbestand erfolgten. Die großen Einkaufszentren und ein verändertes Einkaufsverhalten setzten dem örtlichen Einzelhandel zu. Die Mietpreise sanken und damit die Renditechancen. Die hochwertigen Wohnmöglichkeiten am Stadtrand machte es vielen Innenstadtbewohnern leichter, aus den ehemals bevorzugten Wohnlagen wegzuziehen.

Während früher die bürgerliche Welt oft deutlich getrennt von der Lebenswelt der Arbeiter war, hat die heutige Arbeitswelt diese Grenzen verwischt. Nicht nur sozialversicherungstechnisch ist der Begriff „Arbeiter“ verschwunden. Die Menschen haben heute immer seltener eine Arbeitsstelle im produzierenden Sektor, sondern finden im Dienstleistungsbereich eine Beschäftigung. Anstelle einer bipolaren Weltsicht von Arbeitern und Bürgerlichen ist eine vielgestaltige Milieulandschaft (Korte 2016, Wahlen in Nordrhein-Westfalen, S. 209) getreten, die in ihrer politischen Zuneigung immer weiter ausdifferenziert.

SPD

Nach 50 Jahren, zwischen 1964 und 2014, gibt es hinsichtlich der räumlichen Lage der SPD-Hochburgen deutliche Veränderungen, aber auch einige Konstanten. Zu den Konstanten gehören die guten Ergebnisse im Umfeld der ehemaligen Zeche Jacobi und in den ehemals von Stahlarbeitern geprägten Stadtgebieten im Osten. Die Wahlbezirke Klosterhardt-Süd, Vennepoth und Schlad gehörten 2014 zu denen mit den besten SPD-Ergebnissen, obwohl sie

deutlich weniger hervorragten. Man kann annehmen, dass noch viele Kinder und Enkelkinder von Bergleuten und Stahlarbeitern dort wohnen und die Wahltradition ihrer Eltern fortführen.

In Alstaden, einem Stadtgebiet mit reger Neubautätigkeit bei Einfamilienhäusern auf dem ehemaligen Zechengelände und in Freiflächen, hat es allein dadurch eine größere Veränderung der Wohnbevölkerung gegeben. Bei einer Sozialstrukturuntersuchung des Bereichs Statistik und Wahlen für das Jahr 2000 wurden viele Teile Alstadens der guten Wohnlage mit gehobener Sozialstruktur zugeordnet. Das Stadtviertel wird immer weniger von Bergleuten und ihren Nachfahren geprägt. Für die SPD wurde es in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger, hier gute Ergebnisse zu erzielen.

Dagegen hat sich im Verlauf der vergangenen 20 Jahre der Wahlbezirk Holten das Prädikat SPD-Hochburg erarbeitet. 1994 noch auf Rang 17 liegend verbesserte sich der Wahlbezirk 1999 und 2004 auf Rang 7. Mit Rang 2 bei der Kommunalwahl 2009 und Rang 3 im Jahr 2014 zählte das SPD-Ergebnis in Holten zu den hervorragendsten im Stadtgebiet. Der SPD-Erfolg in Holten gründet sich nicht, wie etwa Klosterhardt, auf eine Arbeitertradition. Vielmehr klassifiziert die Sozialstrukturuntersuchung des Bereichs Statistik und Wahlen im Jahr 2000 Holten und Barmingholten als gute Wohnlage mit gehobener Sozialstruktur und belegt damit, dass die SPD auch dort erfolgreich sein kann.

CDU

Wenn auch auf niedrigem Niveau konnte sich die CDU nach 1984 stabilisieren und sogar leicht erholen. Ihre Wähler/innen findet sie aber nicht mehr, wie in den fünfziger Jahren, am Rande der Innenstädte nahe von Einkaufszonen und Kulturangeboten. Sie liegen jetzt entweder im Süden an der Stadtgrenze zu Mülheim in Styrum und Alstaden oder im Norden des Stadtbezirks Sterkrade.

Den seit der ersten Kommunalwahl 1952 andauernden Erfolg der CDU in Styrum kann man sich aus zwei Richtungen nähern. Zum einen ist Styrum ein sehr altes Siedlungsgebiet, an dem die Schwerindustrie zu keiner Zeit ein Interesse hatte. Die umweltbeeinträchtigenden Werke waren weit weg, dafür lag die Innenstadt mit dem Geschäfts- und Behördenviertel und den weiterführenden Schulen sehr nahe. Wer in den fünfziger Jahren gut verdiente und in einer besseren Lage wohnen wollte, musste in das Marienviertel nördlich des Rathauses ziehen oder eben nach Styrum.

Zum anderen ist der Stadtteil besonders stark katholisch geprägt. So lag der Katholikenanteil nicht nur im Jahr 1964 mit über 59 Prozent deutlich dem städtischen Durchschnitt, auch 2015 waren Katholiken weiterhin überrepräsentiert. Wahlgebiete mit katholischer Wählerschaft sind tendenziell CDU-freundlich, dieser Zusammenhang wurde für Oberhausen noch für die Bundestagswahl 2005 nachgewiesen (Beiträge zum Wahlgeschehen Nr. 41).

Der Norden Sterkrades war auch nach Kriegsende nur wenig besiedelt. Nach und nach erfolgte danach hochwertige Wohnbebauung, so dass sich die Bevölkerungszahl von 1950 bis

2015 in der Walsumer Mark und in Königshardt von 5.000 auf über 16.000 mehr als verdreifacht hat. Die Sozialstrukturuntersuchung des Bereichs Statistik und Wahlen für das Jahr 2000 bezeichnet besonders die Walsumer Mark als herausgehobene Wohnlage mit hochrangiger Sozialstruktur. Hier hat sich die CDU offenbar fest als stärkste politische Kraft verankert, sowohl 2009 als auch 2014 konnte sich ihr Kandidat direkt durchsetzen.